

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänzig, Genua und Rumeliengebiet, Österreich, Litauen, Lemberg 4.50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Wolk und Welt“ mit „Siebung und Kleinparten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Komposition 50 Pfennig. Kleinanzeigen 5. — Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pfennig (zählbar zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einzelanträge des ersten Wort 15 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonabend, den 1. August 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vollstreckung: Berlin 37536 — Bankkonto: Direktion der Postkontogesellschaft, Postfach 111, Lindenstraße 3

Der Steuerbetrug der Großen.

Genosse Keil deckt einen Bewertungsstandal auf. — Wo bleibt die Gerechtigkeit?

Zum Reichsbewertungsgesetz hielt Genosse Keil im Reichstag eine Rede, die eine geradezu vernichtende Anklage gegen die Steuerdrückbergerei der Großkonzerne enthielt. Genosse Keil führte aus:

Wir müssen hoffen, daß die Durchführung des Gesetzes nicht nur zu einer gleichmäßigen und erschöpfenden Vermögenserschließung führt. Wie sehr es bisher in manchen Fällen hieran gefehlt hat, das glaube ich an einem bedeutsamen Beispiel zeigen zu können. Vor mir liegt ein Bericht, den die Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben in Breslau, die auf eine zweihundertjährige Geschichte zurückblickt, an ihre Mitglieder erstattet hat. Die Gesellschaft sagt von sich selbst, daß sie einer der größten und leistungsfähigsten Industriekonzerne Europas sei. Sie beschäftigt 30 000 Arbeiter und Angestellte. Den Hauptbesitz der Gesellschaft bilden nach ihren eigenen Angaben ihre großen Steinkohlegruben in Oberschlesien und in Westfalen sowie Zink- und Bleierzbergwerke in Oberschlesien mit vielen Zink- und Bleihütten, Walzwerken sowie Nebenproduktanlagen. Diese Gesellschaft war auf Grund eines kaiserlichen Privilegs vom Jahre 1800 bis zum Kriegsbeginn von jeder Staats- und Reichsbesteuerung befreit. (Hört, hört!) Nur die Betriebsgemeinden konnten auf Grund eines fingierten Einkommensteuerbetrages eine Gewerbesteuer erheben.

Zum erstenmal wurde die Gesellschaft 1916 zu einer Reichsteuer herangezogen.

nämlich zur Kriegsteuer. Zu diesem Zweck mußte zunächst, da vorher eine Veranlagung zur Vermögenssteuer nicht erfolgt war, ein Anfangsvermögen festgestellt werden. „Nach monatelangen Verhandlungen mit der Steuerbehörde“ so berichtet die Gesellschaft selbst, „war es uns möglich, eine Festsetzung auf 241 500 000 Mark zu erreichen. Für die Kriegsteuer 1917 ergab sich dann ein Vermögen von 246 350 000 M., für die Kriegsteuer 1918 ein solches von 268 850 000 M.“

Zunächst möchte ich aber mit der von der Steuerbehörde selbst als unzutreffend anerkannten Vermögensfestsetzung in den ersten Kriegsjahren die

eigenen Angaben der Gesellschaft über ihre Vermögenswerte

vergleichen. Die wichtigsten Vermögensbestandteile der Gesellschaft, soweit sie damals auf deutschem Boden lagen (sie hatte auch Besitztümer in Galizien), waren folgende:

1. das Steinkohlenbergwerk Heinitz-Grube bei Beuthen in Oberschlesien, nach sorgfältiger Berechnung geschätzt auf 40 Millionen Mark;
2. 98 1/2 Prozent der Anteile der Steinkohlenzeche Westfalen bei Asten in Westf., geschätzt auf gleichfalls 40 Millionen Mark;
3. a) die Giesche-Steinkohlenzeche bei Schoppinitz, b) die Cleophas-Grube bei Jalenzo, c) 87 Prozent der Aktien der Doms-Steinkohlenzeche bei Jaworzno, zusammen geschätzt auf 130 Millionen Goldmark;
4. das Zink- und Bleierzwerk Deutsch-Bleischarley-Grube, geschätzt auf einen mittleren Wert von 256 Millionen Mark (Hört, hört!);
5. das östlich von Kahlberg bei Beuthen, also auf ehemals deutschem Boden gelegene Blei- und Zink- und Zink- und Bleierzwerk Bleischarley (heute polnisches-Bleischarley-Grube genannt), geschätzt auf einen Mindestwert von 250 Millionen Mark. (Hört, hört!)

Der Metallwert dieser Grube wird von der Gesellschaft selbst auf 1 216 305 000 Goldmark berechnet. (Hört, hört!)

Alle hier aufgezählten Unternehmungen der Gesellschaft lagen, als die Gesellschaft zur Kriegsteuer veranlagt wurde, auf deutschem Boden. Während das Gesamtvermögen der Gesellschaft damals zur Kriegsteuer auf 241,5 Millionen festgesetzt wurde, ergibt sich aus der Selbstschätzung der Gesellschaft allein für die hier aufgeführten Unternehmungen

ein Gesamtwert von 766 Millionen Mark.

Dabei stammt diese Selbstbewertung aus der allerneuesten Zeit, in der bekanntermaßen die Bewertung viel niedriger zu geschehen pflegt als zu Beginn des Krieges. Hinzu kommt aber noch, daß die Gesellschaft mehrere Zinnerzgruben besitzt, die, weil unentwickelt, außer Berechnung geblieben sind, daß sie ferner 300 Morgen Industriegelände an der Oder bei Breslau, 220 Morgen Industriegelände an der Oder bei Malisch, ein Rittergut Kahlberg, Kreis Beuthen, vier weitere Rittergüter auf jetzt polnischem, damals deutschem Boden besitzt, dazu den Forst- und Landbesitz Gieschewald bei Kattowitz, das Waldgut Katz mit Balm bei Chyranow im Gesamtbesitz von rund 8000 Hektar, mit einem größeren Dampfagewerk und endlich Industrieunternehmungen und -beteiligungen sowie Handelsunternehmungen teils auf deutschem, teils auf ehemals deutschem, jetzt polnischem Gebiet.

Im dieser Besitz, der sich auf viele Millionen belaufen dürfte, ist in der vorher genannten Summe von 766 Millionen nicht enthalten.

Ich bitte immer wieder zu beachten, daß diesen Vermögenswerten eine Feststellung des Vermögens auf 241,5 Millionen Mark für die Zwecke der Kriegsteuer gegenübersteht. (Hört, hört!)

Wenn etwa eingewandt werden sollte, die Vermögensbewertung sei damals nicht von erheblicher Bedeutung gewesen, weil es sich nicht um eine Vermögensbesteuerung, sondern um eine Besteuerung der Kriegsgewinne gehandelt habe, so stelle ich fest, daß

das Gesamtvermögen der Gesellschaft bei der Veranlagung auf Grund des Reichsnotopfergesetzes im Jahre 1920 auf ihren eigenen Vorschlag auf sage und schreibe 300 Millionen Mark festgesetzt

wurde. Das war zu einer Zeit, als die Mark in ihrem Wert schon tief gesunken war. Die Steuerbehörde erkannte diese Schätzung zunächst an, suchte aber nachträglich eine höhere Bewertung zu erzielen mit dem Erfolg, daß die Geldentwertung inzwischen das ganze Reichsnotopfer illusorisch machte und das Reichsnotopfergesetz außer Kraft gesetzt wurde. Bei der Vermögenssteuerfestsetzung im Jahre 1922 kam vielleicht nur noch der deutschgeliebte Teil des Vermögens der Gesellschaft in Betracht. Der vor wenigen Wochen verfaßte Bericht der Gesellschaft sagt darüber:

„Infolge der damals herrschenden Geldentwertung gestalteten die Ziffern keinen Einblick in unseren damaligen Vermögensstand. Eine Nachprüfung und Veranlagung dieser Steuer erfolgte ebenfalls nicht, da sie bei Einsetzung der starken Geldentwertung im Jahre 1923 außer Hebung gesetzt wurde.“ (Hört, hört!)

350 Millionen Vermögen — nur 50 Millionen versteuert.

Nun haben wir aber bereits eine auf der stabilsten Währung beruhende Vermögensveranlagung vom 31. Dezember 1923. Sehen wir noch nach, wie es der Gieschischen Familiengesellschaft bei dieser Veranlagung ergangen ist. In Betracht kam dabei nur noch ihr auf dem heutigen deutschen Boden, nicht aber auf polnischem Gebiet liegende Besitz, den sie selbst wie folgt bemerkt, wobei noch die Frage zu untersuchen wäre, ob nicht auch der Besitz in Polen in Deutschland vermögenssteuerpflichtig wäre:

1. die Heinitz-Grube 40 Millionen,
 2. Steinkohlenzeche Westfalen 40 Millionen,
 3. Deutsch-Bleischarley-Grube 256 Millionen,
- zusammen 336 Millionen.

Diese Bewertung beruht auf sorgfältiger Berechnung der Substanzwerte und Ertragnisse, und die Gesellschaft versichert in ihrem Bericht, daß die normale Produktion wieder besteht und zuverlässig mit wesentlichem Anwachsen der Produktion und der Nettogewinne zu rechnen ist.

Dazu kommen aber die Zinnerzgruben, die sonstigen Industrieunternehmungen und -beteiligungen, das Rittergut Kahlberg und 520 Morgen Industriegelände an der Oder, die sämtlich in die Bewertung nicht eingezogen sind. Man wird hiernach auf Grund der eigenen Angaben der Gesellschaft ihren

auf deutschem Boden liegenden Vermögensbesitz auf weit mehr als 350 Millionen

schätzen dürfen. Wie wurde er nun am 31. Dezember 1923 zur Vermögenssteuer veranlagt? Lassen wir den Bericht der Gesellschaft selbst sprechen:

„Hierbei ergab sich, daß eine Einzelbewertung unserer heute vorhandenen Vermögensgegenstände fast undurchführbar ist. Das Reichsfinanzministerium stellte daher für unsere Gesellschaft einen Vermögenssteuerverwertungssatz fest. Der Steuerverwertungssatz eines Zehntausendstel Anteils beträgt 5000 Mark, so daß der Wert der Gesellschaft hiernach mit circa 50 Millionen angenommen wird.“ (Stürmliches: Hört, hört!)

Nach den Angaben der Gesellschaft selbst beläuft sich ihr Vermögen auf mehr als 350 Millionen Mark. Zur Vermögenssteuer ist es veranlagt mit 50 Millionen. Was sagt das Reichsfinanzministerium dazu? (Zuruf links: Es sagt gar nichts.) Kann sie uns eine Gewähr dafür geben, daß bei Anwendung des Reichsbewertungsgesetzes eine solche ganz unglaubliche Bewertung der großen Vermögen nicht mehr vorkommt?

Wer bisher noch bezweifelt hat, daß die sozialdemokratische Forderung nach einer kräftigeren steuerlichen Erfassung des Großgrundbesitzes begründet ist, dem wird mit diesen Zahlen der Beweis geleistet.

Vergleichen wir mit dieser nach ungezählten Millionen sich belaufenden Steuerhinterziehung bei einer einzigen Gesellschaft die Erfassung der Kleinen und Kleinsten Beiträge der Beamten, der Angestellten, der Arbeiter, bis herab zur kümmerlich vegetierenden Heimarbeiterin, dann tritt das suchtbare Steuerunrecht, das sich zum ungeheuerlichen Standal ausgewachsen hat, mit aller Kraft hervor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nur die Offenlegung der Steuerlisten, nur die Mitarbeit uninteressierter, gewissenhafter Fachleute bei der Steuererschätzung, nur der eiserne Wille der Finanzverwaltung, das Steuerrecht auch gegenüber den Großen und Größten rückwärts durchzuführen, kann hier die Befreiung bringen, die der überlastete kleine Steuerzahler in Stadt und Land zu fordern ein heiliges Recht hat. (Beifälliger Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In memoriam.

Zum Tag des Kriegsbeginns vor elf Jahren.

Von Hermann Schüßinger.

Vielleicht werden wir es im Laufe der Jahre einmal so weit bringen, daß ein Tag im Jahr Eigentum der ganzen Nation wird. Dieser Tag wird allerdings keinen Kampfcharakter tragen dürfen; er wird sich auch nicht künstlich aufpfropfen lassen, nicht auf den dritten Sonntag nach Trinitatis oder nach Epiphania und nicht auf den 18. Januar. Wenn er kommt, dieser Gedentag der Nation, dann wird er aus einem Tag herauswachsen, der uns allen tiefstes inneres Erlebnis war, dem Tag des Kriegsbeginns.

Wenn die Julitage alljährlich ihren Höhepunkt erreicht, dann steht er vor uns, dieser Tag, diese Augustwoche mit ihrer Hast, ihrem Drängen und Stößen und Würgen, diese kurzen sieben Tage, verbracht in der Bluthitze der Kasernenhöfe und Kammern, diese Nächte im schwülen Zimmer, halb durchwacht unter dem Druck der kommenden Schlacht. Durch die improvisierten Kasernen und Kängelien hasten die Befehlspfeifer und die Ordnonnen, in den Höfen stauen sich die Autos, die Geschirre, Sättel und Fahrzeuge aller Art. Die Arbeit geht mechanisch vorwärts — vom ersten, zum zweiten, zum dritten Mobilmachungstag. Ueber den sickernden und hastenden Menschen aber lastet der Krieg. Er schlingt seine Fäuste um die Hüfte und die Schläfen der Menschen und schaut sich auf ihren zitternden Rücken, daß ihre Glieder beben wie Stride unter einer übermächtigen Last.

Langsam rollt der Transportzug die Donau hinauf. Ein dumpfes Schwingen liegt über den Wagen. Wir sind alle mit uns beschäftigt, die Augen nach innen gefehrt. Augsburg! — Noch liegt eine feierliche Stille über den einförmig stampfenden Rädern. Da — ein wildes Schreien! Der Zug brumpf in einen brüllenden und heftig gestikulierenden Menschenhaufen hinein. Die Soldaten springen von den Bänken, angeleitet von dem Sturm auf den Perrons. Sie weisen die Arme und plärren mit ihren wild aufgerissenen Mäulern. Ich drücke im ersten Schreck den heißen Schüdel ans Fenster. Was wollen sie eigentlich? frage ich mich. Da drückt mich der eine Gedanke in die Ecke des Wagens: „Ave Caesar, morituri te salutant“ — Es grüßt uns die Heimat, uns, die Heimat, uns, die wir für sie sterben! Die Masse brüllt und klatscht vor den Fronten, die ihr eine letzte Parade klopfen — vor ihrem Tod! —

In nächster Stille poltert der Transportzug über die Rheinbrücke bei Kehl, und der Mond spiegelt die Waggons, verfrachtet mit Menschen, Wagen und Pferden, im Wasser wieder. Von Müggig aus wälzt sich die Kolonne des Regiments hinauf in die Berge, hinauf zur großen Passion.

Neun Tage tappen wir zwischen Straßburg und Mülhausen durch den Staub der Landstrassen und durch die Bluthitze im Sonnenbrand des Rheintals und der Vogesen — da endlich stehen wir Aug in Aug vor dem Feind. Mitten im Weinberg bei Weiler steht wie ein bunt bemalter Zaun eine Gruppe Menschen vor uns, richtige Menschen mit roten Hosen und langen, blauen Fräcken. Wie ein Wetterleuchten steht meine Knabenzeit vor mir, ein Schauerbild vom „Jahrmarkt“. Die Bayern in den Weinbergen bei Wörth im Kampf mit französischer Linieninfanterie.

Und diese Menschen in der gespenstigen Tracht starren mit roten Gesichtern auf die feldgrauen Schützen — die Rebstöcke stehen dazwischen — eine Sekunde nur steht das Bild.

Dann liegt alles am Boden und reißt das Gewehr an die Schulter und schießt wie wild — gradaus — in den Weinberg — auf den Feind. Die Körper pressen sich unter dem Fischen der Geschosse an die Erde, die Mägel krallen sich in den Boden und die Gewehre schießen — wie von selbst.

Durch das Knattern der Gewehre aber stößt der Schrei der Getroffenen. Ein schwer Verwundeter überdient sie alle mit seinem Gebrüll. Es klingt wie Jüiaa! wie Uaaa! — Da ein langes Hurraaa! Es pflanzt sich fort durch den Berg wie ein Wahnsinnschrei, es reißt uns hoch wie Tiere, die sich durch das eigene Gebrüll betäuben. Wir stürzen vor, fallen und stolpern und stehen am Berggipfel, Bajonett an Bajonett. Der Franzose aber hebt die Hände hoch. Das war unsere erste Schlacht. —

Von dieser Schlacht führt ein qualvoller Leidensweg durch vier Jahre Krieg, durch Hangen und Bangen, durch Jammer und Todesnot zum bitteren Ende, zur letzten Schlacht.

Wer's selbst erlebt hat, versteht, was ich meine, wer's nur vom Hörensagen kennt, dem kann man das niemals mit Worten sagen. Das Rübenfeld von Blangy-les-Tours, den Paß von Urbeis, den Elmont, Salce, Fouchisol, St. Die, den Donon, den Fosse-Bald, die „Totenschucht“ bei Verdun, die Höhe 304, den Weid von Beaumont, den Gallwitz-Kriegel bei Cambrai, den Kimmel und den Chemin des dames — die kann man nicht beschreiben und nicht mit Lichtbildern demonstrieren. Nein, die hat man in unsere Seele gebrannt und die leuchten in uns, wenn wir von ihnen sprechen. Wer den Bestgeant der Leichenfelder vor Verdun und an der Somme nicht gerochen hat, wer nicht tagelang im Trichter gefessen ist, ein Pfund Zwieback im Rucksack und eine Feldflasche voll

Kaffee an der Koppel, wer nicht durch das Trommelfeuer gelaufen ist, daß ihm Staub und Erde die Augen und den Mund verleiht hat, der hat heute kein Wort mitzureden, am Kriegsausbruchtag.

Dabei sind die großen Operationen, die Offensiven und Sturmangriffe nicht einmal das Allerschlimmste gewesen. Man trat an zum Sturm und ließ sich vorwärts tragen wie in einem ungeheuren Raufsch. Das Niederdrückende und Erbärmlichste war: Vier Jahre lang ununterbrochen Beerdigung zum Sterben, in der Front durch die Infanterie; in der Reservestellung durch die Artillerie; in der Ruhe durch die Flieger! Vier Jahre ein Todesurteil vor Augen! Vier Jahre lang! Und da half nichts! War die Division nur einige Wochen ausgeruht, dann kam sie wieder in die große „Dresslinie“ zurück und nicht wieder heraus, bevor sie nicht den üblichen Prozentsatz an Offizieren und Mannschaften zur großen Armee abgegeben hatte. Da half nichts! Wenn der Leichtverwundete sein Bein auskurirt hatte, dann mußte er wieder ran! Das Vaterland wollte seinen Arm haben oder den Kopf.

Das war der Krieg! Vier Jahre lang permanentes Todesurteil über Offizier und Mann der Frontinfanterie. Das erträgt kein Mensch — wie eine Maschine ein halbes Jahrzehnt — und länger, bei klarem Kopf und bei gesundem Verstand!

Darum mußte das Ende kommen — weil man in den Stäben und bei der Obersten Heeresleitung völlig den Maßstab dafür verloren hatte, was ein Mensch zu ertragen vermag. Gott sei Dank ist allmählich die dumme Legende von der schmählich erdolchten Front auch von den verböhresten Nationalisten aufgegeben worden, wie das neueste Heft der „Süddeutschen Monatshefte“ des fanatischen Dolchstoßpredigers Nikolaus Cohnmann zeigt. Hier führt ein mutiger Frontarzt, Dr. Ketter aus Mannheim, den Beweis, daß die Front zerbrochen wurde, als Folge der feilschen Ueberanstrengung dessen, was im Soldaten schließlich menschlich war. Das Heft dieses Frontsoldaten kommt gerade zum 11. Gedenktag des Kriegsausbruchs zur rechten Zeit. Neben einer Fülle von Beweismaterial aus den Heften weit rechtsstehender Generale und Generalstabsoffiziere bringt Ketter sein eigenes Erleben zum Zeugnis für die Unwahrheit der Dolchstoßlegende heran. „Uns fehlte im großen die Kunst der Menschkenntnis und Menschenbehandlung. Ueber dem „Menschennaterial“ haben wir den „Menschengeist“ vergessen. — Als mein Regiment am 2. Dezember 1918 durch Mainz marschierte, da glich es in seinem äußeren Eindruck einer wohl disziplinierten und leistungsfähigen Truppe. In ihrem inneren Gefüge aber war sie ohne jede Kraft: müde und hoffnungslos, zu keiner Abwehr mehr fähig. Den noch kräftigen Körper hatte die Seele verlassen.“

Wer draußen gewesen ist, weiß, daß es so war.

Hätten wir allerdings gewußt, daß der „olle Tirps“ mit seinem „Kollegen“ Fisher Briefe wechselte und ihn verurzte, während wir im Kommandoturm der U-Boote und im Schützenstand der Maschinengewehrner den Krieg höllisch ernst nahmen und uns im Fort Douaumont Mann für Mann herauskämpfen ließen in dem großen Stollen, der nach Fleury führt.

Hätten wir gewußt, daß der Kronprinz in Stenay Tennis trainierte und seine Windspiele spazieren führte, daß sein Stabschef Lüttich eigene Möbelwagen, Reithallen und Extrakasse benötigte, um „die Armee von Verdun“, die glorreiche „Fünfte“, richtig hereinzuweisen zu können zwischen Conspicuo und Auzannes —

Hätten wir gewußt, daß Ludendorff als militärischer Diktator mit unseren Knochen einen unsauberen Handel getrieben hatte, der „Grenzstreifen“ und „Herzogtümer“ im Osten und Westen wegen —

Dann wären wir nicht als „wohl disziplinierte Truppe, müde und hoffnungslos“ nach Hause marschiert, sondern hätten uns vorher die Herren noch einmal vorgeknöpft, die damals ohne Militärpaß und Entlassungsschein nach Holland

und Schweden durchgegangen sind, gepöbelt vom Bewußtsein ihrer Schuld. —

Trotz alledem! Der Tag des Kriegbeginns ist noch lebendig in unser aller Herzen; er brennt in uns „in memoriam“ der Toten jenes blutigen Jahres. Ueber ihre Gräber neigt sich an diesem Tag, überall wo die Arbeiterklasse Fuß gefaßt hat, voller Trauer und Zukunftssehnen das Proletariat.

Die Agrarzölle in Mussolinien.

Starke Preiserhöhungen für Mehl.

Mit großer Benugung verzeichneten die deutschen Agrarier kürzlich die Meldung aus Italien, daß Mussolini Agrarzölle eingeführt habe. In der Tat ist es doch ungeheuer überzeugend: Was Mussolini tut, ist seit jeher richtig gewesen; warum also nicht auch die Agrarzölle? Außerdem gleicht die italienische Volkswirtschaft der deutschen nach dem Urteil der Schutzöllner wie ein Ei dem anderen. Geographische und wirtschaftliche Unterschiede spielen ja für den überzeugten Agrarzöllner keine Rolle.

Der Erfolg der mussolinischen Agrarzölle ist denn auch prompt eingetreten. Mehl ist sofort um 35 bis 50 Lire der Zentner im Preis gestiegen. Die Händler stecken den Börsenanteil von diesem Geschäft ein. Die Verbraucher zahlen in einem um 35 bis 40 Centesimi höheren Brotpreis die Zölle. Schon jetzt soll sich die Regierung mit der Absicht tragen, den Mehlpoll wieder herabzusetzen, denn die Broterzeugung geht selbst den Faschisten über das Erträgliche hinaus.

Diese Folge des Brotzolls in Italien sollte der deutschen Regierung eine Warnung sein. Die Zollwirkung hat sich dort so rasch gezeigt, daß hoffentlich die deutschen Agrarier jetzt mit ihren schönen Redensarten aufhören werden, das Ausland trage den Zoll. Wenn jedenfalls des Zollkompromiß Gesetz werden sollte, so hat die Reichsregierung kein Recht mehr zu der Behauptung, sie hätte die mit Bestimmtheit zu erwartende Teuerungswelle nicht vorausgesehen. Dazu, derartige Entschuldigungen zu durchkreuzen, kam das italienische Experiment gerade noch rechtzeitig.

Durchgreifen!

Eine notwendige Maßregelung.

Bei der Regierung in Schleswig gab es einen kleinen Affessor mit dem hochadligen Namen von dem Knefbeck. Dieser junge Herr war u. a. Kreisvorsitzender des „Stahlhelm“ und scheint im Laufe der Zeit diesem Amte seine Arbeitskraft in so hohem Maße gewidmet zu haben, daß darüber seine hauptberufliche Tätigkeit sehr ins Hintertreffen geriet. Der Regierungspräsident forderte ihn deshalb wiederholt auf, den Vorsitz im „Stahlhelm“ niederzulegen. Das hat einen volksparteilichen Landtagsabgeordneten offenbar sehr geärgert, denn er entschloß sich, die Regierung zu fragen, ob sie dieses Vorgehen des Regierungspräsidenten billige. Der preussische Minister des Innern, Genosse Seering, hat dem neugierigen Abgeordneten eine Antwort erteilt, die den Herrn Affessor gerade nicht von der besten Seite zeigt und die sich beide, der Abgeordnete und sein Schützling, nicht hinter den Spiegel stecken werden. Seering schreibt:

„Das Vorgehen des Regierungspräsidenten in Schleswig gegenüber dem Regierungsaffessor von dem Knefbeck hat durchaus meine Billigung gefunden. Ich habe darüber hinaus Regierungsaffessor von dem Knefbeck noch von Schleswig verlegen müssen, da er es nicht verstanden hat, seine Bestätigung im Verbandswesen mit seinen dienstlichen Verpflichtungen zu vereinbaren, vielmehr offensichtlich infolge dieser Betätigung so wenig Dienstinteresse zeigte und so mangelhafte Leistungen an den Tag legte, daß hieron sogar ein unerwünschter Einfluß auf den in Schleswig zur Ausbildung gelangenden Nachwuchs zu befürchten stand.“

Dieses tatkräftige Durchgreifen ist nur zu begrüßen. Die Affäre Knefbeck-Caspar hat bewiesen, wozu es führt, wenn man den Herren, die ihre Stellung als Beamte der Re-

publik dazu mißbrauchen, daß Ansehen der Republik herabzusetzen nicht mit der nötigen Deutlichkeit gegenübertritt.

Auf Grund der Pressenotizen über die Reden des völkischen Pastors Münchmeyer in Borkum hat die gesamte Einwohnerchaft sowie Bad und Gemeinde Borkum öffentlich erneut dagegen Stellung genommen und jede politische und konfessionelle Hege verurteilt.

Der skandalöse Ausnahmezustand.

„Milderungsrichtlinien“ der bayerischen Regierung.

München, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Um in Zukunft die vielbesagte parteiliche Haltung der polizeilichen Außenbehörden, auf die die unerhörte Bevorzugung der rechtsgerichteten Organisationen und die Unterdrückung der republikanischen Veranstaltungen in Bayern zurückzuführen ist, unmöglich zu machen, hat der bayerische Innenminister nunmehr die längst versprochenen sogenannten Milderungsrichtlinien für den Ausnahmezustand erlassen. Nach den in ihnen enthaltenen Bestimmungen sind die Polizeibehörden gehalten, künftig bei nichtpolitischen Veranstaltungen weitestgehendes Entgegenkommen zu zeigen, und zwar auch bei festlichen Aufzügen, soweit diese Veranstaltungen nicht zu politischen Demonstrationen mißbraucht werden. Auch bei Veranstaltungen politischer Vereinigungen soll ein Entgegenkommen gezeigt werden. Dabei wird aber bei Aufzügen nach wie vor an dem Grundsatz festgehalten, daß die öffentlichen Straßen und Plätze von politischen Demonstrationen und politischer Propaganda frei bleiben müssen. Diese Richtlinien gelten auch für die Verfassungsfeier in Bayern. Hiernach sollen diese Feiern in diesem Jahre auch unter freiem Himmel zugelassen werden, dagegen müssen Festzüge unterbleiben, weil die Verfassungsfeier als politische Veranstaltung angesehen werden müßte. — *Sicht bayerisch im Sinne des Herrn Kahr.*

In welchem Sinne die bayerische Regierung auch den „gemilderten“ Ausnahmezustand zu mißbrauchen gedenkt, hat ihre Antwort auf den Antrag des Münchener Reichsbanners bewiesen, am Verfassungskomitee eine Feier auf einem Platz im Reichsbild der Stadt veranstalten zu dürfen. Während die „Königstreuen“ auch unter den bisherigen Bestimmungen nach Herzenslust auf den öffentlichen Plätzen demonstrieren durften unter Vorantritt des „Kini“, darf sich das verfassungstreue Reichsbanner noch nicht einmal am Tage der Verfassungsfeier öffentlich zeigen — trotz der „Milderungsrichtlinien“. Herr Schiele hat offenbar in Bayern nichts zu sagen.

Die Opatanten in Schneidemühl.

Rigoroses Vorgehen der polnischen Regierung.

Schneidemühl, 31. Juli. (Zl.) Der Zustrom der Opatanten nach Schneidemühl nimmt in erschreckendem Maße zu. Hunderte von Opatanten treffen täglich in Schneidemühl ein, nur ein kleiner Teil kann in Kürze weiter geleitet werden. Nur etwa 200 Flüchtlinge können außerhalb Schneidemühs und in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen untergebracht werden. Am Mittwoch trafen tagsüber allein 465 und in der Nacht weitere 240 Personen ein, am Donnerstag stieg die Zahl sogar auf 1000. Die Gesamtzahl der augenblicklich im Durchgangslager untergebrachten Opatanten beträgt 8800. Es ist kein Zweifel, daß die polnische Regierung von ihrem aus der Wiener Konvention hergeleiteten Recht, die Opatanten auszuweisen, in der brutalsten Weise Gebrauch macht.

Jude oder Rheinkette? Das völkische „Deutsche Tageblatt“ berichtet, der Abg. Henning habe jüngst im Reichstag „dem Juden Breitscheid einige Blutige perle“ und „die blumige Phantasie dieses Hebräers zerplatzen“. Der Stammbaum des Gen. Breitscheid scheint eine mysteriöse Angelegenheit zu sein, haben wir doch in einem anderen völkischen Organ gelesen, Breitscheid sei „ein westwärts gerichteter Rheinkette“. Soviel ist also sicher, daß da etwas nicht stimmt, sei es mit Breitscheid, sei es auch in den Köpfen seiner patentgermanischen Gegner.

Zwischen Bauchschuß und Bein-ab

Eine Erinnerung von Georg von der Brüg.

1.
Er war einer der Träger, und die Bahre, auf der ich lag, stürzte, als ich ihn zuerst sah. Seit zehn Minuten waren wir Kriegsgefangene. Unter uns wimmelten die Laufgräben von amerikanischen Tellerhelmen. Da wir hinunterzukommen trachteten, winkte man ab: Bist du oben! Indessen streute vom Rande des Argonner Waldes das letzte unserer Maschinengewehre wie eine Pfefferbüchse, und so war es ein deutsches Geschöß, das uns plötzlich hinwarf — die Bahre stürzte mit mir halb auf den Träger des Kopfendes, welcher in all der Värmlust wie eine kleine Rucke zu singen begann, während seine Hände gegen meine Schulter stießen. In diesem Augenblick sah ich zum erstenmal sein kleines, leidvolles Gesicht, das die Sommerprossen bis unter den Haaranfang bedeckte. Dann schwand mir das Bewußtsein.

Als ich erwachte, trug man mich durch einen Wald, die Sonne stand schräg hinter Eichen. Ich sah mich um — er war fort. Später gelangten wir in ein Lager, wo Keger uns Kautabak zuwarfen. Unter uns durch den Hohlweg führen Wägen vorbei. Da sah ich ihn plötzlich wieder, er lag in der Ecke eines Karrens, sein sommerprossiges Gesicht war weiß. Ich glaubte, er sei tot.

Als die Sonne sank, lud uns ein Auto vor einem Lazarett ab, das sich wie ein goldbraunes Segel eindeckte. Jemand stellte mich dort auf die Füße. Eben noch sah ich die Sonne in einem Tallenrund blühen — dann glitt ich zur Erde. Im Zeit drinnen aber lag wieder er, zunächst regungslos; unter seiner Bahre hatte eine Blutfarbe das Gras geschwärzt. Später bewegte er von Zeit zu Zeit das Gesicht, er topfschüttelte langsam, wie in unendlichem Erstaunen.

Dst schlief ich. Wenn ich wachte, sah ich, wie die Verwundeten in den Operationsraum getragen wurden. Es gingen Tage hin. Er war lange fort, und ich dachte auch nicht an ihn. Aber später im Lazarett lag jemand über mir, der sich von Stunde zu Stunde erbrach, und dem ein kleiner hurtiger Franzose Rotwein reichte. Er war es, der sich erbrach, ich merkte es in der Nacht, als er wie eine Rucke zu singen begann, jedesmal, wenn er sich erbrochen hatte und der Franzose nicht sofort zur Stelle war.

2.
Auch im Lazarett an der Côte d'Or lag er neben mir. Die Ärzte nahmen sich seiner voll Eifer an; er hatte einen Bauchschuß. Regelmäßig am Tage wurde eine Wunde befestigt und neu verbunden. Aber er fiel zusammen, ward mager wie ein Skelett, und seine unglücklichen Sommerprossen färbten sich dunkel wie Pflegenschmutz. Seine Wunde stank, besonders beim Verbinden. Ich wandte mich zur anderen Seite.

Dort lag ein Mann, dem sie ein Bein abgefaßt hatten. Er hieß Hering. Belfe sagte der: „Ein Hering mit einem Bein — haben Sie so was schon gehört?“

Wenn sie mich verbanden, lachten die Ärzte, manche runzelten auch die Stirn und liehen es die Schwester tun — ich war allzu unglücklich verwundet, nur sehr schwach. Wie ein Eindringling lag ich zwischen Bauchschuß und Bein-ab, die Hände auf der weißen Decke.

Nach mir nahmen sie Hering vor. Der Schweiß umfloß sein klobiges Gesicht, wenn die Schwester mit der Zange die eitergetränkte Bohre vom Weinstumpf hospelte. Die Ärzte liehen den Oberhakenknoschen hervorrutschen, indem sie die Weichteile des Beines hinaufschoben. Ich sah es mir immer an, dieses Knochenstückchen mit der sauberen Säge, das so weiß und glatt war wie eine alte Klavierbohle. Ich dachte: er kann sich einmal eine Drehorgel anschaffen. Seine Wunde roch nicht.

Der andere aber fühlte wohl selber, daß er an seinem eigenen Rot zerginge, die Speisen ekelten ihn an, nur ah er mit Bier Trauben. Am Tage schlief er oft. Sein Gesicht sah aus wie Jigarrerosche, grau und rauh. Nachts horchte ich auf seinen Atem, selten hörte ich ihn. Von Stunde zu Stunde erscholl das ruhige Wort eines Verwundeten aus der Ecke, der einen Lungenstich hatte und von Zeit zu Zeit zu trinken wünschte. Ganz bestimmt sagte er — und als habe er so lange gewartet, als es ihm irgend möglich war — sein dunkles und klagendes Wort: „Schwester!“

Raum hatte er es gefogt, so erschien die Schwester mit dem Windlicht. Der Schatten ihres schwarzen Umhanges bewegte sich über unseren Augen an dem Balkengerippe der Baracke hin, die plötzlich ein Schiffsraum zu sein und zu schwanken schien, bis das Windlicht wieder erlosch, der Umhang der Schwester hatte ein grellrotes Futter, sie schlug ihn zurück, wenn sie zu dem Verwundeten trat.

Beim kurzen Schein des Windlichtes aber sah ich sein Gesicht. Die geschlossenen Augen lagen in den Höhlen wie zwei Balniffe. Manchmal öffnete er sie, dann glänzten sie wie dunkle Rirschen. Er sprach nicht. Aber ich sah, daß er sich auf den Tod vorbereitete.

Alle dachten wir nach Hause. In den Rissen glühten unsere Schläfen mit über hundert Grad Fahrenheit. Manchmal schrie einer im Schlaf.

Eines Tages diktierte er mir einen Brief an seine Eltern. Er teilte ihnen seinen Tod mit. Den Brief legte ich unter mein Kopfkissen. Seinen Namen, den ich damals erfuhr, habe ich später vergessen. Er war ein Forstarbeiter aus Schlesien.

Am Tage danach verband ihn ein Wundarzt. Als er fertig war, lächelte sein junges Gesicht unter dem unsinnigen Hut, und er sagte: „Danke den Amerikanern, sie haben dein Leben gerettet.“

Er schwing diesen Tag, gegen Abend begann er wie eine Rucke zu weinen. Ich zerrte ihm seinen Brief und ließ die Fäden zum Fenster hinausfliegen in die Sonne des Absonnerbistes.

Jetzt erst dachten wir an den Armschuß. Dieselbe Kugel nämlich, welche seinen Bauch durchfuhr, hatte ihn auch den linken Unterarmknochen zertrümmert. Der Arm war geknickt, die Schußlöcher in zwischen zu zwei schwarzen Punkten verbleibt. Ich sagte es dem Arzt. Erstrocken holte er den Oberarzt, wies auf diesen armliegigen Ast von Arm und sprach: „Dieser arme Junge lag auf den Tod — und wir haben diesen Schuß erst soeben bemerkt.“

Dann ward der Arm gelöst.

Zwei Wochen später wurde ich gesund geschrieben. Diejenigen, welche in der folgenden Nacht abtransportiert werden sollten, schiefen bis über Witternacht in einem Zell vor der Baracke, so auch ich.

Lür der Baracke stand er, er hielt sich am Pfosten, und die weiß umwickelte Armlehne war quer vor seiner Brust. Die Schwester kam, und wir legten ihn wieder hin. Er murmelte:

„Ich kann gehen.“
„Er stieß die gesunde Hand gegen meine Schulter und flüsterte: „Ich kann wieder gehen.“
So sah ich ihn noch einmal, und er wollte es wohl.
Gleich darauf erschienen Seitengewehre. Geruch von Fusel verbreitete sich, und mein Abtransport erfolgte.

Große vorgeschichtliche Funde in Lössbau. Ueber eine neue große Fundgrube für die deutsche mittlere Altsteinzeit, die bei Lössbau in Sachsen entdeckt worden ist, berichtet Dr. Otto Hauser in der „Allschau“. Es ist nach den ausschlagreichen Funden von Ehringsdorf die zweite wichtige Quelle, die uns von den Lebensbedingungen der ältesten deutschen Urzeit Kunde gibt. Ein einfacher Mann, der aber seit frühen Jugendtagen für alle Bodenvorkommen ein offenes Auge hatte, hat die wichtige Entdeckung gemacht und in zäher Arbeitsfreude gefördert. Seit vier Jahren sammelt er mit einigen Helfern allerlei Funde in der Umgebung des sächsischen Städtchens und stieß hier auf altsteinzeitliche Feuersteinformen. Der ursprüngliche Wohnplatz der Urbevölkerung ist zwar noch nicht gefunden, aber vor kurzem hat man bereits den 17. Fundplatz ausgebeutet und damit der deutschen Urgeschichtsforschung neue wertvolle Hinweise geboten. Gerade die zuletzt geborenen Werkzeugeformen lassen das große Erstaunen aus; denn neben anderen Werkzeugen kamen wichtige Feuerstein-Helferträger und Keilspeizen zum Vorschein, wie sie bisher nur aus dem südwest-französischen Fundgebiet bekannt waren. Das Rohmaterial der neuen Funde war allerdings ungleich schwieriger zu bearbeiten, als die großen geschmeidig-spaltenden Silexplatten in Frankreich. Daher weisen die Lössbauer Funde scheinbar nicht jene vollendete Technik auf, die an den südwest-französischen sofort fesselt.

Radium-Schäden. An 11 Personen, die seit etwa 1½ Jahren mit Radium arbeiteten, wurden sorgfältige Untersuchungen angestellt. Bei zweien fanden sich Hautveränderungen an Fingern und Händen. Zur Verhütung von Radiumschäden müssen im Betriebe Schutzschirme, Holzjangen, Bleitafeln und ähnliche Schutzvorrichtungen vorhanden sein. Ausgiebige Raumventilation und Beschränkung der Arbeitszeit auf 5 Tage die Woche, reichlicher Jahresurlaub und viel Bewegung in frischer Luft während der freien Arbeitszeit, sind zur Erhaltung der Gesundheit von Arbeitern, die mit Radium beschäftigt sind, dringend erforderlich.

Der Cascher See in Gefahr. Das jahrtausend alte rheinische Naturdenkmal, der Cascher See bei Maria Taub, soll von einem rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk in ein riesiges Naturbadesbad verwandelt werden. Es sind Bestrebungen im Gange, um dies zu verhindern, besonders seitens der Rheinisch-Westfälischen Verwaltung, die die Abnahme des Wasserzuflusses nach der Rofel und dem Absehn befürchtet. Der Völk von Maria Taub hat in einer Erklärung Stellung gegen den Plan genommen.

Die jüdische Einwanderung nach Palästina. Die jüdische Einwanderung nach Palästina nimmt außerordentlich zu. Am Januar 1920 hatte die Zahl der Juden Palästinas 37.000 betragen, nach dem Stand vom 1. Juni 1925 sind 115.151 Juden jetzt in Palästina angeland. Die Zahl der Einwanderer läßt sich in den großen Städten Jerusalem und Tel-Aviv nieder, um dort Handelsgeschäfte zu treiben.

Deutschnationale Gewinnbeteiligung.

Bezählter Idealismus.

Der nationale Gedanke marschiert. Er lebt von Bergen, von Bierlein, Lichteln und Schögehnlein, wie es bei Nestroy heißt. Der Idealismus ist abgeschafft, es leben die Brogante!

Wir erheben Kenntnis von einem deutschnationalen Rundschreiben, das im wesentlichen folgenden Wortlaut hat:

Deutschnationale Volkspartei Kreisverein Charlottenburg
Goethestr. 61 Telefon: Steinpl. 3560.

Der nationale Gedanke marschiert. Die letzten Wahlen haben es gezeigt. Sie haben aber auch ergeben, daß der weitaus größere Teil der rechtsgerichteten Wähler politisch nicht organisiert ist. Diese für die Deutschnationale Volkspartei zu gewinnen, ist erforderlich, wenn das Erreichte behauptet und neue Erfolge erzielt werden sollen.

Die Partei darf mit Recht behaupten, die bestorganisierte Rechtspartei der Reichshauptstadt und schon deshalb mehr als die anderen berufen zu sein, die Führung unter den nationalen Parteien zu übernehmen. Sie darf aber auch behaupten, daß sie, die alle Schichten der Bevölkerung umfaßt, eine Volkspartei im besten Sinne des Wortes ist und ihre Politik hat keine Kritik zu scheuen. Daran können auch gelegentliche Mißerfolge nichts ändern.

Erste Kämpfe stehen uns bevor. Im Spätherbst werden die Stadtverordnetenwahlen stattfinden, auch mit den Neuwahlen zum preussischen Landtag muß gerechnet werden...

Wir haben uns deshalb entschlossen, um diejenigen, die für uns werben wollen, für den damit verbundenen Zeiterlust und ihre Arbeit überhaupt zunächst zu entschädigen, allen, die neue Mitglieder zuführen, einen Teil der erstmalig gezahlten Mitgliedsbeiträge zuzuwenden. Die Vorstände der Bezirksvereine haben ihre Zustimmung dazu gegeben.

Wer bis zum 31. Dezember 1925 unserem Kreisverein neue Mitglieder zuführt, erhält: Bei sofortiger Zahlung von 12.— M. für ein Jahr, bzw. 6.— M. für ein 1/2 Jahr, bzw. 3.— M. für 1/4 Jahr oder, bei Minderbemittelten 0,75 je 1/4 Jahr.

- a) Bei Werbung von mehr als 100 Mitgliedern 60 Proz.,
 - b) bei Werbung von weniger als 100, aber mindestens 75 Mitgliedern 50 Proz.,
 - c) bei Werbung von weniger als 75, aber mindestens 40 Mitgliedern 40 Proz.,
 - d) bei Werbung von weniger als 40, aber mindestens 20 Mitgliedern 35 Proz.,
 - e) bei Werbung von weniger als 20, aber mindestens 10 Mitgliedern 30 Proz.,
 - f) bei Werbung von weniger als 10, aber mindestens 5 Mitgliedern 20 Proz.,
- aller eingezahlten Beiträge als Ehrenpreis.

Da weiß doch ein jeder, wenn ein auf Provision reisender Agent der Deutschnationalen zu Werbezwecken bei ihm erscheint, daß es sich nicht um nationalen Idealismus, sondern um ein Geschäft handelt.

Vielleicht hat die Deutschnationale Volkspartei mit dieser Provisionswirtschaft ein mildtätiges Werk tun wollen. Arme Inflationsoffer erhalten hier Gelegenheit, sich durch Werbeleistungen selbst aufzuwerten.

Sechzig Prozent der erstmaligen Mitgliedsbeiträge — ist das nicht der Gipfel des Edelmut? Man ist versucht zu sagen: je fauler die Firma, um so höher die Provisionen, die sie bietet, um ins Geschäft zu kommen.

Aber das Geschäft ist nicht ehrlich. Die erstmaligen Mitgliedsbeiträge sind keine geeignete Grundlage zur Berechnung der Provision. Mehr Mitglieder, mehr Wähler, mehr Einfluß: Das heißt für die Herren, die als Interessenten hinter der Deutschnationalen Partei stehen, weniger Steuern, mehr Zoll, höhere Preise, Bereicherung. Wie wär's, wenn die Herren den Milliardenbeitrag, den ihnen die Gesetzgebung der Rechtsparteien zuwendet, zum Ausgangspunkt der Provisionsberechnung machen würden.

Der „nationale Gedanke“ der Deutschnationalen ist nicht Idealismus, sondern Geschäft, und noch dazu ein faules.

Der Dank des Vaterlandes.

Was leistet das Deutsche Reich für die Kriegsbefähigten?

Der dem Reichstage vorliegende Gesetzentwurf zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes versucht, im finanziellen Rahmen der vom Reichsfinanzminister äußerst zugestanden Summe von 150 Millionen Mark eine Aufbesserung der Rentenbezüge der Kriegsbefähigten und Kriegerhinterbliebenen wirksam werden zu lassen. Gegen diese unzulängliche Regelung wird seitens der Interessentenverbände der Kriegsoffer Sturm gelaufen und der Meinung entgegengetreten, daß die Renten ein erträgliches Leben sichern. In seiner Verbandszeitschrift stellt der Reichsverband Deutscher Kriegsbefähigter und Kriegerhinterbliebenen unter Verwendung statistischen Materials des Internationalen Arbeitsamtes über die Versorgung der Kriegsoffer anderer Länder Zahlenbeispiele zusammen, die auf der allgemeinen Basis des Goldfrank die Rückständigkeit der deutschen Versorgung unter Beweis stellen. Nachstehend bringen wir einige dieser Zahlen:

Jährliche Rente des erwerbsunfähigen ledigen Kriegsbefähigten:	
M.	M.
Deutschland 932.—	England 2820.—
Belgien 1825,20	Kanada 4680.—
Frankreich 1436,40	Amerika 6240.—
Jährliche Rente eines ledigen Kriegsbefähigten, 50 Proz. erwerbsgemindert:	
M.	M.
Deutschland 245,26	England 1310.—
Belgien 702.—	Kanada 2340.—
Frankreich 583,20	Amerika 8120.—

Man könnte vielleicht argumentieren, daß die deutsche Versorgung nicht in Vergleich zu derjenigen der sogenannten Siegerstaaten gebracht werden könne, aber auch in Deutschland erhält der völlig erwerbsunfähige Kriegsinvalide eine Jahresrente von 1051,20 Frank, außerdem aber in weit größerem Rahmen eine jährliche Pflegezulage von 1734,50 Frank. Daraus erhellt, daß die deutschen Kriegsoffer ein Recht haben, eine bessere Rentenerverteilung zu fordern. Bei gutem Willen würde auch die Finanzlage des Reiches eine Mehrbelastung des Etats zu diesem Zweck vertragen.

Keine Kommunistenverfolgungen in Frankreich. Der französische Justizminister erklärte am Freitag nach Schluß des Kabinettsrates, daß die von einigen Blättern gebrachte Meldung über eine energische Unterdrückung der kommunistischen Umtriebe durch die Regierung den Tatsachen nicht entspreche.

Deutschnationale und Außenpolitik.

Geheime Richtlinien der deutschnationalen Parteileitung.

Bei den Beratungen des Notetats im Reichstag hat der kommunistische Abgeordnete Stöcker geheime Richtlinien gelesen, die die deutschnationale Parteileitung an ihre Presse und vermutlich auch an ihre Organisationen unmittelbar vor der Veröffentlichung der deutschen Antwortnote an Briand versandt hat. Diese Richtlinien bilden einen neuen Beweis dafür, wie sehr alles in der Deutschnationalen Partei drunter und drüber geht. Denn, wenn die starke Erregung, die sich eines großen Teiles der deutschnationalen Wählerschaft wegen der beabsichtigten Preisgabe Elsaß-Lothringens bemächtigt hat, auch nur einigermaßen beigelegt wäre, dann hätte es die deutschnationale Parteileitung nicht nötig, einen langen Vortrag aufzuführen, um ihrer Anhängererschaft den Inhalt der Note mundgerecht zu machen. Das geschieht durch langwierige Kommentare, die den Sinn und die Tendenz der Note zum Teil glatt umfälschen und zum Teil auch taktische Absichten enthüllen, die mit dem Zustandekommen eines Garantiepaktes völlig unvereinbar sind.

Vor allem unterzeichnen die Richtlinien den angeleglichen Unterschied zwischen dem bisherigen Stadium der „Vorverhandlungen“, aus dem man durch die Abwendung der jetzigen Note noch lange nicht heraus sei, und künftigen regelrechten Verhandlungen, die die Deutschnationalen nur gestatten wollen, wenn bei den „Vorverhandlungen“ alles Mögliche und Unmögliche erreicht sein wird. Dabei müßte es dem Verfasser der Richtlinien, dem Grafen Westarp, bekannt sein, daß die Reichsregierung und besonders das Auswärtige Amt eine solche Unterscheidung schon viel früher auf das entschiedenste zurückgewiesen haben. Schon Anfang Mai hat Professor Hoeglich im Auswärtigen Ausschuss diese Unterscheidung zu machen versucht, und hat dadurch einen geradezu leidenschaftlichen Protest Stresemanns hervorgerufen. Es ist also eine glatte Irreführung der deutschnationalen Wählerschaft, wenn man ihr einzureden versucht, als befänden wir uns noch immer nicht im Stadium der regelrechten Vorverhandlungen und als hätte Deutschland jederzeit die Möglichkeit, die bisherigen Schritte als null und nichtig zu erklären.

Hauptsächlich verursacht die Tatsache der Preisgabe Elsaß-Lothringens, die in der deutschen Antwortnote bestätigt wird, der deutschnationalen Führung lebhafteste Schmerzen. Auf der einen Seite fordert man die Parteiredakteure auf, auch auf „Anpassungen“ von der linken Seite her über diesen Punkt nicht zu reagieren, auf der anderen Seite versucht man, den Tatbestand durch einen Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also auf Elsaß-Lothringen, zu verbunkeln. Dabei wissen die deutschnationalen Parteiführer ganz genau, daß dieser Punkt für die gesamte Entente absolut undiskutabel ist. Entweder wollen also die deutschnationalen Parteistrategen die Garantiepaktsverhandlungen mit solchen Mähchen verhindern, oder aber sie wollen auf neue ihre Wähler betrügen. In dem einen wie dem anderen Falle ist ihre Zustimmung zur Note und zu der im Reichstag von ihnen selbst mit eingebrachten Billigungsformel unehrlich.

Graf Westarp hat in der gestrigen Reichstagsitzung ärgerlich bemerkt, es wäre gar nicht nötig gewesen, dieses Dokument aus einer deutschnationalen Redaktion stecken zu lassen, denn seine eigene Reichstagsrede hätte ja diesen Richtlinien genau entsprochen.

Der Herr Graf ist auf einer ganz falschen Fährte. Wie wir erfahren, braucht dieses Dokument von den Kommunisten gar nicht gestohlen zu werden, weil es ihnen aus den Kreisen des alldeutschen Flügels um Freitagsh-Loringhoven in die Hände gespielt worden ist. Das ist nicht das erste Mal, daß aus diesen

rechtsradikalen Kreisen die Opposition der Linken mit derartigen, die eigene Parteileitung bloßstellenden Dokumenten verfolgt wurde. Nachdem gerade Stöcker in der außenpolitischen Aussprache die nationalstößigste aller Reden geschwungen hat, war es ganz selbstverständlich, daß die Alldeutschen sich an ihn wandten. . . .

Wir geben aus den deutschnationalen Richtlinien folgende Absätze wieder:

„Der Streit um die Anregungen in dem deutschen aide-memoire vom 9. Februar, um ihre Entstehungsgeschichte und die Kenntnis und die Verantwortung des Kabinetts und der Deutschnationalen ist zweckmäßig beizulegen. Dazu werden Erklärungen bei der Reichstagsverhandlung voraussichtlich die Grundlage schaffen.“

Ebenso ist ein Streit darüber, ob die jetzige Note an den Grundgedanken der Anregung vom Februar festhält, möglichst zu vermeiden. Tatsächlich bestehen wichtige Unterschiede, die aber nur in der Defensive besprochen werden sollten.“

„Die jetzige Note ist ein Akt des Gesamtkabinetts, dem die Deutschnationalen mit voller Verantwortung zustimmen. Uns erscheint die Möglichkeit, gegenüber den französisch-englischen Vorschlägen zu einer Regelung zu gelangen, die auch für Deutschland bei freiwilliger Uebernahme neuer Verpflichtungen erträglich ist, weil sie auch ihm erhöhte Sicherheit und Vorteile bietet, nach wie vor höchst zweifelhaft, aber wir befinden durch unsere Zustimmung zur Note den ernststen Willen, auch die letzten Möglichkeiten dieser Art auszuschnüpfen.“

„Zu kritisieren ist, daß in der Note jeder Hinweis auf Fragen fehlt, die im Stadium der Vorverhandlung, also vor dem Eintritt formeller Verhandlungen geklärt sein müssen, wenn Deutschland wirklich als gleichberechtigter Verhandlungspartner in die Verhandlungen eintreten soll. Die Vereinfachung der Entwaffnungsnote, Rücknahme der unerhörten Forderungen der Lusitane, Räumung der Ruhr und Sanktionsstädte und Räumung Kölns. Darüber muß die Reichstagsverhandlung die notwendige Ergänzung bringen.“

„An dem Unterschiede von Vorverhandlungen und Verhandlungen, den die Linke bestritten wird, ist scharf festzuhalten und es ist anzuerkennen, daß die Note Deutschland die Freiheit der Entscheidung, ob es verhandeln oder auf eine Konferenz gehen will, noch vollständig offen hält. Gegenüber dem formellen Standpunkt und dem materiellen Inhalt der französischen Note wäre ein deutsches Konferenzangebot verfrüht und verfehlt gewesen.“

Der Vorbehalt des Rechtes Deutschlands, auch in Zukunft friedliche Veränderungen der bestehenden Verträge herbeizuführen, ist durch die Presse stark zu betonen. Ueber einen etwaigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen ist auch auf Anpassungen im gegenwärtigen Augenblick möglichst nicht zu debattieren. Die Reichstagsverhandlung wird zu diesem Ubsatz einen ergänzenden Hinweis auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker bringen müssen, der sich eben sowohl auf Elsaß-Lothringen, wie auf den Anschluß Österreichs und die sonstigen Grenzen bezieht.“

Die „Rückwirkung“ der zu schließenden Verträge auf die Befestigung der 2. und 3. Zone, auf das Rheinlandabkommen sowie auf das Saargebiet ist als sachlicher Zusammenhang und nicht etwa zeitlich in dem Sinne gemeint, daß die neuen abzuschließenden Verträge vorhergehen müßten. Wir verlangen also, daß vor Abschluß der neuen Verträge sowohl sachliche Erklärungen, wie vor allem wesentliche Abfärgungen der Befestigung der 2. und 3. Zone und des Saargebietes erreicht sein müssen, daß diese Fragen also für das endgültige Verhandlungs- oder Konferenzprogramm zugelassen sein müssen. Sonst ist gar nicht abzusehen, welche Vorteile sich Deutschland von den französischen Vorschlägen versprechen sollte. Hier ist bei den Reichstagsverhandlungen scharf darauf zu achten, ob eine Differenz mit dem Außenminister hervortritt, ob dieser also darauf verharret, daß er erst nach Abschluß der neuen Verträge auf Grund der dann geschaffenen Sachlage Erfolge für die 2. und 3. Zone erstrebt und erhofft.“

Auswanderung der Oppositionspresse?

„Corriere della Sera“ und „Stampa“ nach Lugano. — „Avanti“ nach Paris.

Genf, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die „Basler Nationalzeitung“ meldet, daß der Mailänder „Corriere della Sera“ in Lugano gedruckt werden soll. Alle Vorbereitungen zur Auswanderung des Blattes seien schon getroffen, da ein neues italienisches Pressegesetz jede objektive journalistische Arbeit unmöglich machen werde und ein Dauerverbot des Blattes bevorstehe. In der gleichen Lage seien die anderen Oppositionsblätter, so die „Stampa“ und der „Avanti“, die gleichfalls Schritte zur Auswanderung nach Lugano und Paris unternommen hätten.

Ein Reuterbericht über Marokko.

Abd el Krims Hauptmacht noch gar nicht eingesetzt?

London, 31. Juli. (W.B.) Reuter meldet aus Kassa: Zuverlässigen Informationen aus Jes zufolge sind die französischen Streitkräfte in Marokko bisher überhaupt noch nicht den regulären Truppen Abd el Krims gegenübergetreten. Sie haben vielmehr bisher lediglich von Abd el Krims organisierte Aufstände von Riffstämmen zu unterdrücken versucht. Denselben Informationen zufolge soll Abd el Krim über mindestens 25000 gut bewaffnete und wohldisziplinierte Truppen verfügen. Es wird ferner angenommen, daß Abd el Krim versuchen wird, bis Oktober durch lokale Aufstände von Riffstämmen die Franzosen zu beschäftigen, da dann die Regenperiode beginnt, während welcher eine französische Offensive so gut wie unmöglich ist. Wie verlautet, beabsichtigt Abd el Krim dann seine Hauptmacht einzusetzen. Augenblicklich sollen sich nur etwa 49 französische Bataillone in Marokko befinden, einschließlich der Sicherungsposten für die Verbindungsstiele. Schätzungsweise würden die Franzosen etwa 100000 Mann europäische Truppen benötigen, um der Lage mit irgendwelcher sicheren Aussicht auf Erfolg Herr zu werden. Die Spanier bleiben so gut wie untätig.

Ein spanisches Pulvermagazin explodiert.

Paris, 31. Juli. (W.B.) Habas meldet aus Tanger: Das Pulvermagazin von Larache ist gestern abend teilweise explodiert. Es kam zu einer Panik. Der Sachschaden ist bedeutend. Die Explosion wird auf ein feindliches Attentat zurückgeführt.

Keine große Offensive Abd el Krims.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage an der Marokkokontost hat im Laufe der letzten 48 Stunden keine wesentliche Veränderung erfahren. Die von Abd el Krim vorbereitete Offensive hat sich bis jetzt noch nicht in vollem Umfang entwickelt. Wie der Sonderkorrespondent des „Temps“ meldet, ist am Freitag morgen lediglich der Posten Ain Du-Aissa im westlichen Front-

abschnitt errümt worden. Das Schicksal der Befestigung dieses Postens sei unbekannt. Die Franzosen nutzten diese relative Ruhepause in den militärischen Operationen dazu aus, ihre Truppen umzugruppieren. Angeblich werden auch neue Verstärkungen aus Frankreich erwartet.

Bétains Rückkehr.

Paris, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Ankunft des Marokkalis Bétain aus Marokko wird für Sonnabend früh erwartet. Der „Paris Soir“ stellt es als wahrscheinlich hin, daß nach seiner Ankunft ein außerordentlicher Kabinettsrat einberufen wird, um dem Marokkali Gelegenheit zu geben, Bericht über die Ergebnisse seiner Marokkoreise zu erstatten.

Die politische Lage in Norwegen.

Kommunistische Hilfe für die Rechtsopposition.

Oslo, 30. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Sommertagung des norwegischen Storting ist dieser Tage beendet worden, ohne daß die wiederholt erwarteten Regierungskrisen eingetreten sind. Immerhin erfuhr das liberale Minderheitskabinet eine schwere Erschütterung durch den Plan einer Erhöhung der Einkommensteuer um 10 Proz., mit der die Sozialdemokratie zwar einverstanden war, die aber von den Rechtsparteien und der Bauernpartei abgelehnt wurde. Die Regierung hätte für ihren Plan immerhin eine Linksmehrheit erhalten, wenn die Kommunisten sich der Erhöhung der Einkommensteuer angeschlossen hätten. Aber wie überall, so trieben die Moskajinger auch hier das Kabinet in die Arme der Rechten. Die Folge war, daß die Einkommensteuer nur um 5 Proz. erhöht wurde und der Staatshaushalt im übrigen durch neue Abgaben auf Tabak und Alkohole in den Sozialausgaben in das Gleichgewicht gebracht wurde. Auch in anderen Fragen hat die liberale Regierung den Rechtsparteien Zugeständnisse machen müssen. So wurde das Krankentaggengesetz verschlechtert und den Hausbesitzern das Recht auf freien Mietswucher gestanden.

Eine Aufrollung des Alkoholproblems in diesem Jahre im Parlament ist vorerst vermieden worden, obwohl die Frage im Mittelpunkt jeder Erörterung steht. Aber jetzt schon ist sicher, daß im nächsten Jahre eine neue Abstimmung über die „Trodenlegung“ des Landes stattfinden wird, da sich die Parteien ihren Wählern gegenüber fast reiflos verpflichtet haben. Der Kampf um die Art der Volksbestagung tobt jetzt schon grimmig zwischen den Alkoholgegnern und Alkoholfreunden. Die Regierung zerbricht sich den Kopf, ob sie der Forderung der schärfsten Alkoholgegner nachgeben und auch den Wein in die Abstimmung einbeziehen soll. Bisher ist auf Einspruch von England, Spanien und Portugal der Genuß von Schwein gestattet; würde daran etwas geändert, so wäre die Folge der Handelskrieg mit Spanien. Die Wogen des Kampfes werden auf alle Fälle im nächsten Jahre über diese Frage wieder sehr hoch gehen. Dabei wird von allen ernsthaften Politikern des Landes die Alkoholfrage vermüncht.

Gewerkschaftsbewegung

Kommunistische Strategie.

Nichts ist einfacher als die Führung des Gewerkschaftskampfes nach dem Moskauer Rezept: „Verbreiterung der Kampfbasis“, Einbeziehung aller Arbeitnehmer einer Berufs- oder Industriebranche in den Kampf eines Teils dieser Gruppe, zunächst örtlich, weitere „Verbreiterung“ über das ganze Reich, Einbeziehung der Mitglieder sämtlicher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-gewerkschaften zum Generalkampf, internationale „Verbreiterung“ der Kampfbasis bis zur Weltrevolution. Unablässiger Generalkampf mit wechselnden Fronten, unter ständiger Beteiligung aller Arbeitnehmer in allen Ländern, mit Ausnahme von Sowjetrußland, wo nicht gestreift werden darf, da dort die Weltrevolution bereits abgeschlossen ist. Die Ausführung dieses so einfachen, schlichten, revolutionären Rezepts zur Weltrevolution begegnet einigen Hindernissen. Abgesehen davon, daß noch ein ziemlich beträchtlicher Teil der Arbeitnehmerschaft überhaupt nicht organisiert ist, glaubt nur ein verschwindend geringer Teil der Organisierten an die Wirkung des Moskauer Rezepts. Die übergroße Mehrzahl der freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft, neben der es in Deutschland bekanntlich noch anders gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer gibt, kann sich nun einmal nicht zu der moskowitzischen „Großzügigkeit“ aufschwingen, die das politische Ziel einer Weltrevolution verfolgt, ohne sich im geringsten um die Folgen für die jeweils Streikenden zu kümmern. Die Beteiligten aber können nicht umhin, sich darum zu kümmern und müssen deshalb im voraus jeden Schritt auf seinen Erfolg oder Mißerfolg hin abwägen, überlegen. Dies mag nach den moskowitzischen Begriffen, mit denen uns die „rote Fahne“ bisher vergeblich vertraut zu machen suchte, „spießbürgerlich“ sein. Allein es ist nun einmal so.

Die Leiter der gewerkschaftlichen Organisationen fühlen sich insbesondere zur Verantwortlichkeit den Mitgliedern und deren Familien gegenüber verpflichtet, um sie nicht leichtfertig und unüberlegt in einen Streik hineinzutreiben. Die Moskauer haben die Erfahrung ihrer politischen Erhebung aus einem Zusammenbruch für sich. Die deutschen Gewerkschaftsführer wie die der meisten übrigen Länder, mit Ausnahme von Rußland, haben die Erfahrungen aus den gewerkschaftlichen Kämpfen für sich und sehen sich gezwungen, diese Erfahrungen zu beachten und zu verwerten. Sie haben sich längst damit abgefunden, nicht nur auf die Zustimmung der Moskauer Agenten zu ihrer Taktik verzichten zu müssen, sondern obendrein in der auf jener Seite üblichen „brüderlichen“ Weise fortgesetzt getadelt zu werden.

So hat denn auch jetzt — wie wir in der Donnerstag-Abendausgabe (Nr. 36) des „Vorwärts“ gezeigt haben — die Haltung der Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes zur Frage eines internationalen Solidaritätsstreiks zugunsten der englischen Bergarbeiter das höchste Mißfallen der Berliner Moskautiliale und ihrer „Roten Fahne“ erregt. In seiner Freitagausgabe weilt dieses „revolutionäre“ Organ erneut über „die schmachvolle Haltung der deutschen Bergarbeiterführer“.

Nach seiner unumgänglichen Meinung mußten die Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes in der internationalen Bergarbeiterregelung ohne weiteres sich für einen allgemeinen Streik der deutschen Bergarbeiter zum 1. August erklären. Ohne Rücksicht darauf, daß der Tarifvertrag im Ruhrgebiet noch nicht abgelaufen ist, noch darauf, daß sie keine Vollmacht zu einer Streikerklärung hatten, die sie nicht diktiert können, sondern die erst von den Verbandsfunktionären beschlossen werden müßte. Daß der Ruhrbergbau gegenwärtig eine schwere Krise durchläuft, Hunderte und Tausende von Bergleuten nicht wissen, wo und wann sie eine neue Existenz finden sollen, daß überdies im Saarrevier bereits 74 000 Bergarbeiter streiken, keine einheitliche Organisation besitzt, das alles sind Dinge, die die großen Moskautiliale nicht genieren. Deshalb werfen sich die kommunistischen Strategen aus eigener Machtvollkommenheit zu Sachwaltern der deutschen und der internationalen Bergarbeiterschaft auf. Ueber die Köpfe der „Hulsmänner“ hinweg soll der Generalkampf der deutschen Bergarbeiterschaft durchgeführt werden. Deshalb — so diktiert die „rote Fahne“ —

... müssen die deutschen Bergarbeiter verlangen, daß sofort alle möglichen Kampf vorbereitungen getroffen werden, wozu in erster Linie gehört, daß die gewerkschaftliche Einheit in Deutschland unverzüglich hergestellt wird.“

Die kommunistische Splinterorganisation, genannt „Union“, habe sich schon zur Verschmelzung mit dem Bergarbeiterverband bereit erklärt, doch die Führer sabotierten diese Einheit. Nach der „revolutionären“ Strategie muß also erst der Streik proklamiert und dann „unverzüglich“ die gewerkschaftliche Einheit hergestellt werden. Wir müssen stark bezweifeln, ob der Bergarbeiterschaft in England mit dieser Strategie der sich ihr so ausdrücklich anbietenden Kommunisten mehr gebietet wäre als mit der offenen christlichen Erklärung der deutschen Bergarbeiterführer, die nach Lage der Dinge keine Illusion aufkommen läßt und vor einer Enttäuschung bewahrt.

Was ist das doch für eine windige Strategie, die da proklamiert: „Wenn die Bergarbeiterinternationale den internationalen Streik

will, so haben ihn die deutschen Bergarbeiterführer trotz aller Schwierigkeiten solidarisch durchzuführen. Etwas anderes gibt es nicht!“ — und dann hinterher zu der Weisheit letztem Schluss kommt, daß zunächst die gewerkschaftliche Einheit hergestellt werden muß! Echt „revolutionär!“

Zum Konflikt im Holzgewerbe. Kampf mit den Vereinigten Verbänden?

Auf eine amtliche Vorladung hin fanden vor dem Schlichtungsausschuß, unter Vorsitz des Gewerberat Rörner, Verhandlungen statt zwischen dem Holzarbeiter-Verband und den Vereinigten Verbänden. Da es in diesen Verhandlungen zu keiner Einigung kam, wurde gegen die Stimmen der Arbeitgeber sowie der Arbeitnehmer ein Schiedsspruch gefällt, der für die Affordarbeiter eine Zulage von 8 Proz. vorsieht, die Qualitätsarbeiter aber völlig unberücksichtigt läßt. Die erweiterte Ortsverwaltung hat zu dem Schiedsspruch sofort Stellung genommen und ihn einstimmig abgelehnt. Damit ist der Kampf gegen die Vereinigten Verbände unvermeidlich geworden.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Die Vorverhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen und der Reichsbahnverwaltung, die heute Sonnabend in Berlin beginnen, dürften keine Ueberraschungen bringen. Bei der Haltung der Reichsbahnverwaltung ist kaum damit zu rechnen, daß auf den ersten Hieb eine Lösung des Lohnproblems angebahnt wird. Die Reichsbahnverwaltung will die Organisationen zunächst ausbilden und im übrigen mit einigen Almosen, d. h. mit einigen Verbesserungen dort, wo die Eisenbahnerlöhne gegenüber den Industrie- und Bergarbeiterlöhnen besonders weit zurückbleiben, um eine wirkliche Lohn-erhöhung heranzubringen. Die Eisenbahner aber müssen darauf bestehen, daß unbeschadet aller anderen Fragen die Lohnfrage gründlich und generell geregelt wird, daß im ganzen Reich eine kräftige Erhöhung der Grundlöhne erfolgt.

Abbau bei der Reichsbahn.

Der „Vorwärts“ brachte am 30. Juni d. J. eine Zuschrift unter obiger Ueberschrift, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß der Dienststellenleiter des Schlesischen Güterbahnhofes den von ihm in der brutalsten Form ausgeführten Abbau von Beamten und Arbeitern dazu mißbraucht hat, seine beiden Söhne einzustellen und sie, trotz Einstellung- und Beförderungssperre auf der eigenen Dienststelle zum Beamten auszubilden ließ.

Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Trotzdem darauf hingewiesen wurde, daß in dem Falle der Unterschlagung und des Betruges der Sprößling des Herrn Oberinspektors der zwingenden Anordnung zuwider, nicht der Staatsanwaltschaft übergeben wurde, ist keine Untersuchung gegen die Beamten eingeleitet. Man hat den als Streikbrecher eingetretene zweiten Sohn des Oberinspektors einfach nach Kopenhagen versetzt und den Oberinspektor Lehner selbst wohl von der Leitung seiner bisherigen Dienststelle entbunden, ihn aber gleichzeitig zum Amtmann nach Gehaltsgruppe X befördert. Kommentar überflüssig.

Kündigung des Lohntarifs bei der Reichspost.

Der Deutsche Verkehrsverband hat am Freitag den Lohn-tarif, den er mit der Reichspost abgeschlossen hatte, zum 31. August gekündigt.

Die Reichspost, die 65 000 Lohnempfänger beschäftigt, hat 80 Millionen in den Etat eingestellt, die in erster Linie für Lohn-erhöhungen Verwendung finden sollen. Das Geld liegt im Kasten, die Arbeitnehmer aber müssen warten.

Bei den Lohnverhandlungen mit der Reichspost wird nunmehr die Probe aufs Exempel gemacht werden. Sollen auch hier, wo bestimmt Geld da ist, die Lohnforderungen auf den Wind von oben ignoriert werden? Geschieht das, dann muß auch der nächste Kopf unter den Staatsarbeitern und Beamten wissen, wieviel es geschlagen hat.

Ausperrung bei der Julius Krüger A.-G.

Wie uns berichtet wird, sollte bei der Firma Julius Krüger A.-G., Signalapparatebau, Neutöln, Pflägersstraße 18, ein Obmann des Betriebsrats entlassen werden. Die Belegschaft beschloß in einer Betriebsversammlung am Mittwoch, in der die Firma vertreten war, die Arbeit solange ruhen zu lassen, bis die Betriebsleitung mit den Betriebsobleuten verhandelt. Zur Ausführung dieses Beschlusses kam es jedoch nicht, vielmehr wurde die 150 Köpfe zählende Belegschaft ausgesperrt.

Ende des Saar-Bergarbeiterstreiks?

Wie dem Ruhr-Bureau aus Saarbrücken gemeldet wird, steht der Abbruch des Bergarbeiterstreiks am Montag bevor. Inzwischen sind die Verhandlungen mit der Bergwerksdirektion noch im Gange. Man rechnet damit, daß eine Lohn-erhöhung von höchstens 7 bis 8 Prozent herauskommen wird.

Die Ruhrbergarbeiter kündigen die Lohnordnung.

Essen, den 31. Juli (WZ.). Die Bergarbeiterverbände haben die bestehende Lohnordnung zum 31. August 1925 gekündigt. Gleichzeitig wird eine Lohn-erhöhung ab 1. September

beantragt, deren Begründung demnächst mündlich vorgetragen werden soll. Es wird um eine baldige Festlegung des Verhandlungstermins gebeten.

Metallarbeiterlohnkampf in Mecklenburg.

Lübeck, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Metallgewerbe Mecklenburgs tobt seit längerer Zeit ein heftiger Kampf. Im Frühjahr dieses Jahres wurden durch einen Schiedsspruch des Schlichters in Lübeck die Lohnsätze für die Ortsklasse I auf 58 Pf. für die kleineren Orte in der Spitze bis zu 55 Pf. festgesetzt. Dieses Lohnabkommen wurde von den Gewerkschaften gekündigt und als Verhandlungsgrundlage ein Stundenlohn von 75 Pf. gefordert. Die Arbeitgeber haben diese Forderung abgelehnt. In einem Schiedsspruch wurden die Löhne in der Ortsklasse I um 3 Pf. erhöht. Von dem Grundlohn der Affordarbeiter war in diesem Schiedsspruch keine Rede, so daß bei seiner Annahme die Affordarbeiter ohne jede Erhöhung geblieben waren. Die Arbeiter lehnten den Spruch ab und beschloßen den Streik, was von den Arbeitgebern mit einer zum 15. Juli verfügten Aussperrung in sämtlichen Betrieben des Metallbundes beantwortet wurde.

Inzwischen haben neue Verhandlungen stattgefunden, in denen der Spitzenlohn auf 63 Pf. und der Affordlohn auf 60 Pf. erhöht, also eine Zulage von 5 Pf., zugestanden wurde. In einer Urabstimmung haben die Streikenden ab Augesperrtendiesen Schiedsspruch ebenfalls mit großer Mehrheit abgelehnt, weil der Lohnsatz als zu gering bemessen angesehen wurde und weil die Arbeiter in dem Kampf immer mehr einen Schlag der Arbeitgeber gegen die Organisationen erblickten, die den Tarifvertrag unterzeichnet haben. Obwohl sich einige Arbeiter durch die Drohungen der Arbeitgeber einschüchtern ließen, ist doch zu hoffen, daß das Gros der organisierten Arbeiter nach wie vor fest zusammenhält und den Kampf mit seinem Siege beendet.

Der Schiedsspruch in Pforzheim.

WZ. meldet: Bei der Urabstimmung über den Schiedsspruch in der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie stimmten insgesamt 11 037 Arbeitnehmer ab. Für den Schiedsspruch erklärten sich 2481, dagegen 8556. Von den Arbeitgebern haben 475 abgestimmt. Davon waren 435 für die Ablehnung, 40 für die Annahme, während sich 4 der Stimme enthielten. Nunmehr wird wahrscheinlich das Arbeitsministerium eingreifen und den Schiedsspruch für verbindlich erklären, nachdem es sich vorher mit den Parteien ins Benehmen gesetzt hat.

Zwischenlösung im englischen Bergbau.

London, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Aussperrung der englischen Bergarbeiter, die am Donnerstagabend um 10 Uhr für Sonnabend noch bestimmt erwartet wurde, ist vorläufig durch eine Vermittlungsaktion Baldwins verhindert worden. In Erkenntnis der geradezu katastrophalen Wirkungen einer Aussperrung hat sich das Kabinett nach einer mehrstündigen Sitzung doch noch bereit erklärt, der Kohlenindustrie bis zum nächsten Frühjahr Subsidien zu gewähren. Die Zechenbesitzer erklärten sich auf Grund dessen bereit, die Kündigung des bisherigen Abkommens auf die Dauer von 14 Tagen zurückzuziehen. In der Zwischenzeit sollen die notwendigen Besprechungen über die Verwendung der finanziellen Staatsbeihilfe stattfinden. Von dem Ergebnis hängt der endgültige Verzicht auf die Aussperrung ab.

Außerdem vereinbarten die Zechenbesitzer und Bergarbeitervertreter, auf Vorschlag der Regierung eine neue Enquete-Kommission einzusetzen, deren Aufgabe sein soll, die Möglichkeit der Erhöhung des Zugungrades und der Verbesserung der Produktivität bzw. Rentabilität sowie der Konkurrenzfähigkeit des englischen Bergbaues eingehend zu untersuchen. — Baldwin bestätigte am Freitag nachmittags auf eine Anfrage im Unterhaus, daß die Aussperrungsgefahr vorläufig übermunden ist. Die Zechenbesitzer haben ihre Kündigungen zurückgezogen und der Vollzugsausschuß der Bergarbeiter hat darauf Anweisung gegeben, die Arbeit fortzusetzen.

London, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung teilt mit, daß die Unterstützung der Bergbauindustrie in der Form einer Subvention gestiftet würde, und zwar in einer Beihilfe zu den Löhnen vom 1. August 1925 bis zum 1. Mai 1926 bestehen soll. Die Löhne sollen zunächst nach den alten Vereinbarungen von 1924 weitergezahlt werden. Eine Änderung sei indessen auch während dieser Periode möglich.

Verband der Buchbinder und Papierarbeiter. Die oberste Generalversammlung für das 2. Quartal 1925 findet am 13. August im Saal 4 des Gewerkschaftshauses statt. Beiträge zur Generalversammlung bis 6 bis spätestens zum 4. August bei der Ortsverwaltung einzureichen. Die Ortsverwaltung.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Arthur Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Familien: Dr. John Schilowski; Volkes und Sozialer: Fritz Krahst; Auswärtige: E. Stöck; Sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Deut. Singer u. Co., Berlin SW 11, Lindenstraße 2. Firmen: 2 Kellern und „Unterhaltung und Wissen“.

Komet Freilauf
ES GIBT KEINEN BESSEREN!
Sparfam im Betrieb - Keine teuren Reparaturen

Entdeckung
des
NORDPOL
in
Groß-Berlin
Restaurant
Alexanderstraße 46-48
Ecke Neue Königstraße
Berlins neueste Sensation!

Erfinder — Vorwärts!
treibende gute Verleumdung!
Verleumdung und Intrigue geht über die Welt
„Ein neuer Welt!“
gratis durch: Erdmann & Co., Berlin,
Königsplatz 71.

MÖBEL
auf Teilzahlung
zu niedrigen Preisen
Wohn-, Schlaf-, Speise- und
Korridorzimmer, Klapparmaturen
Einzelmöbel, Küchen
Kleine An- u. Abzahlung
im Norden: Lohndorfer Str. 67
Beiser, im Osten: Frankfurter Allee 336

Preussische Staats-Lotterie
5. Klasse (Haupt- und Schlussziehung)
vom 11. bis 31. August
131 000 Gewinne, 500malgew. Prämien u. Hauptgew.
2 Millionen Mk.
1 Million Mark
2 x **500 000 M.**
2 x **500 000 M.**
2 x **300 000 M.**
2 x **200 000 M.**
2 x **100 000 M.**
Los-Preise:
achtel, viertel, halbe, ganze Doppel-Lose
10 M. 20 M. 40 M. 120 M. 240 M.
Original-Lose doppelt u. versandt auch u. Nachnahme
Heinz Lotterie-Einsamler **Berlin W8**
Friedrichstr. 53, zwischen Schrenkstr. u. Unt. d. Linden.
Postbank-Konto: Berlin 44231.

Zähne 1 und 2 Mark. Goldkronen von 8 Mark an.
Persönliche fachmännische Behandlung.
Wöchentliche Teilzahlung gestattet.
B. Wolff, Charlbg., Berliner Str. 110, nahe Wilhelmplatz,
Berlin O 17, Madaistr. 15, Ecke Koppenstraße.

Unsere neueste Schöpfung!
TEVOLI
volles Format
mildes Aroma
43
A. M. ECKSTEIN & SOHNE · DRESDEN

Das Odertal von Frankfurt bis Schwedt



Ferienwanderung

Spricht man von der Poesie und Geschichte deutscher Ströme, so denkt man immer nur an den Rhein, die Saale, die Donau oder andere Ströme West-, Mittel- und Süddeutschlands. Und dennoch haben die Ströme Nord- und Ostdeutschlands ebenso ihre Poesie, ihre Geschichte. Sie wunden sich nicht durch Gebirgspässe und Felsentore; ihr Lauf geht durch weite Talebenen, von sanften Uferhängen begleitet, auf denen nicht der Weinstock gedeiht, wohl aber üppiges Brotkorn wächst oder Laub- und Nadelwälder grünen. Burgruinen spiegeln sich nicht in den Fluten dieser Ströme, aber dennoch haben sich an ihnen wichtige Geschehnisse der Geschichte abgespielt. In der Schwelle von Borgeschichte und Geschichte liegen die gewaltigen Völkerringen, in denen die Ströme Nord- und Ostdeutschlands ihre geschichtliche Rolle spielten; so Weiser und Aller bei den Auseinandersetzungen zwischen Franken und Sachsen; Elbe und Oder bei dem Aufeinanderprallen der Deutschen und Wenden. Und dieser Strom, die Oder, soll es sein, dessen Ufer wir zu unserer märkischen Ferienwanderung wählen.

Von Frankfurt nach Küstrin.

Vom 12. Jahrhundert an war Frankfurt neben Breslau und Steirn eine der Hauptplätze am Oberstrom. Der Handel war die Grundlage des Aufblühens der Stadt. Die weitverzweigten Handelsbeziehungen reichten nach Schlesien und Pommern, nach der Mittelmark, nach Polen und Preußen. Die Stadt hatte das verbriefte Recht, den Handel aus der weiteren Umgebung durch ihre Mauern zu lenken und das Festhalten der durchgehenden Waren zu fördern (Straßenzwang und Niederlagsrecht). Späterhin wurde in Frankfurt eine Universität gegründet, die hier bis 1811 bestand. Als dann wurde Frankfurt durch das Verlegen vieler Behörden nach hier eine ausgeprägte Beamtenstadt, der bis 1918 auch das hier befindliche zahlreiche Militär seine besondere Note aufbrachte. Jetzt nimmt die Industrie mehr und mehr Ausschlag, so daß sich Frankfurt von der Handels- und Beamtenstadt zur Industriestadt entwickelt wird. — Durch die Rebuser Vorstadt verlassen wir Frankfurt. Aus dem Westufer der Oder führt die Straße nach der alten Bischofsstadt Rebus, früher ebenfalls bedeutend für den Oberhandel. Bis 1335 war Rebus die Residenz der Bischöfe des gleichnamigen Bistums. Die Stadt besteht aus einer Oberstadt, die sich auf den Abhängen des Berggründens hinzieht, und einer Unterstadt auf dem schmalen Uferstreifen zwischen Höhenzug und Strom. Von Rebus wandern wir weiter auf der Höhe der Uferhänge, mit schönen Ausblicken über das Odertal über Kessin und Ruhden nach Reitwein. Südlich des Dorfes, unmittelbar steil abfallend zum Odertal, liegt ein vorgeschichtlicher Burgwall. Nur noch Teile des Erdwalls dieser Burganlage sind erhalten geblieben. Schafe grasen jetzt hier; von den Gebäuden, die aus Holz errichtet waren, ist nichts mehr vorhanden. Bei Reitwein springt die Hochfläche des Rebuser Landes als „Reitweiner Rose“ weit in das Odertal vor. Nördlich davon beginnt die weitenweite Ebene des Oderbruchs. — Wir wandern zur Oder und lassen uns mit der Fähre nach Görlich übersetzen, einer alten Stadt, die zeitweise Residenz der Rebuser Bischöfe war. Auch eine Marien-

kapelle mit einem wunderlichen Marienbild befand sich hier. Von Görlich wandern wir nördlich durch die Oderniederung nach Küstrin, der alten Festung an der Mündung der Warthe in die Oder. Die Altstadt Küstrin, eingegrenzt durch die Festungswälle und -mauern, atmet den Geist militärischer Vergangenheit; die Neustadt zeigt dagegen reges Leben und Treiben.

Das Oderbruch.

Bei Küstrin tritt die Oder in eine weitenweite Ebene, das Oderbruch, das über 50 Kilometer lang und 12 bis 30 Kilometer breit ist. Hier befand sich am Ende der Eiszeit ein riesiger Stauser, in dem sich die durch das alte Thorer Urstromtal von Ost heranziehenden Schmelzwasser und die von Süden kommenden Wasser der Oder sammelten. Allmählich gelang erst der Durchbruch bei Niederfinow und Eberswalde gen West und später, als das Aniondeis sich zurückgezogen hatte, bei Oderberg und Hohensaaten gen Nord. Bis in das 18. Jahrhundert hinein war das Oderbruch ein unweegbares, kumpfiges Land, das nur von wenigen Menschen bewohnt war. Desto zahlreicher waren hier die Fische, Krebse, Vögel und Ratten. Im 18. Jahrhundert wurden die Sümpfe entwässert, der Strom eingedeicht. Dadurch wurden Wiesen und Wecker gewonnen, so daß 43 Ortschaften angelegt und mit 1315 Familien (6137 Personen) besiedelt werden konnten, die aus Ostpreußen, Polen und aus der Pfalz, sowie der französischen Schweiz herbeigekommen wurden. Von Küstrin wandern wir am Oststrand des Oderbruchs weiter. Rechts erhebt sich die Hochfläche der Neumark, mitunter sanft ansteigend, mitunter ziemlich steil aufragend. Ueber Altzandow, Altshamburg und Kalenzig kommen wir nach Klenow, wo die von Soldin kommende Mielze in die Oder mündet. Bald darauf sind wir in Hälze, wo wir mit der Fähre über den Strom setzen. Nun bleiben wir auf dem Deich und kommen über Klenow und Groß-Neuendorf zum Zelliner Fährhaus. Hier geht es zurück über die Oder nach Zellin und weiter über Altblessin nach Güstebiese. Am Fuß der Hochfläche wandern wir nach dem schön gelegenen Altziegebrücke mit gutem Badestrand an der Oder. Hier mündet die sich von Köhrin herabschlängelnde Schlibbe. Weiterhin kommen wir nach Jäckeritz mit mehreren alten Häusern, die einen laubentartigen Vorbau besitzen. Jenseits des Dorfes liegt der Bahnhof Jäckeritz-Küstrin der Bahn Berlin-Briegen-Königsberg (Neumark). Unser Weg führt über Altzandow nach Altzandow. Gegenüber liegt Neu-Bleichen. Eine wesentliche Arbeit zur Urbarmachung des Oderbruchs war die Anlegung des neuen Oderbettes von Güstebiese nach Neu-Bleichen. Hierdurch erhielt der ursprüngliche Oderlauf über Briegen, Freienwalde und Oderberg, die jetzige alte Oder, nur noch untergeordnete Bedeutung. Der Lauf des Stromes wurde durch die neue Oder von 46 auf 21 Kilometer verkürzt.

Von Altküstrin nach Schwedt.

Bei Altküstrin springt die Hochfläche der Neumark weit gen West in das Oderbruch vor; sie bildet die Reuenhagener Insel, die einst von der Oder im westlichen Bogen umflossen wurde. Die neue Oder geht östlich an der Insel vorbei. Wir bleiben

auf dem östlichen Ufer. Unser Weg führt an Niederwuhom, einem ausgeprochenen Runddorf, vorbei. Zur Rechten steigt die von vielen Schluchten zerrissene Hochfläche auf, nach links schauen wir über das breite Odertal bis zu den Höhen von Oderberg, die von dem Aussichtsturm auf dem Pimpinellenberg gekrönt sind. Ein schönes Bild der märkischen Landschaft können wir hier genießen. — Die alte Bergstadt Zehden haben wir erreicht; eine wirkliche Bergstadt mit hügeligen Straßen und sehr unebenem Marktplatz. Ueber Niederflüßichow wandern wir nach Bellingen, wo die Oder wieder dicht an die neumärkische Hochfläche herantritt. Gegenüber, am Rande der udermärkischen Hochfläche, liegen Lunow, Stolzenhagen und Stolpe mit dem erhalten gebliebenen Bergfried der alten Burg. Das Gelände des neumärkischen Ufers wird sehr flacher. Durch schönen Wald kommen wir über Beehig nach Kaduhn. Jetzt steigt das Gelände wieder unmittelbar steil auf aus der Talebene, nur ein schmaler Pfad bleibt am Fuß des Steilhangs. Auf der Höhe bei Kaduhn liegt ein vorgeschichtlicher Burgwall. Wir folgen dem Pfad nach Niederlaaten. Weiterhin liegt in den schön bewaldeten Schluchten des Höhenrandes das Tal der Liebe, ebenfalls eine Schlucht. — Von Niederkränzig bringt uns die auf dem hohen Damm hinführende Chaussee durch die Oderniederung. Stromauf- und stromabwärts sehen wir schöne Landschaftsbilder. Die letzte der vielen Brücken überschreiten wir, und wir sind in Schwedt, der Hauptstadt des udermärkischen Tabakbaues. Schon von weitem sehen wir die Trockenweiden für den Tabak. Das an der Oder liegende Schloß mit seinem schönen Park, sowie die dorthin führende allezeitige Straße verraten uns, daß Schwedt einst eine kleine Residenz war. Jetzt wird das Stadtleben jedoch beherrscht von Handel und Industrie, in der Hauptsache durch den Tabak herbeigekommen und unterhalten.

Schwedt bildet das Endziel unserer märkischen Ferienwanderung durch das Odertal. Reich an schönen Eindrücken, befreit von den vielen prächtigen Landschaftsbildern, kehren wir über Ungermünde nach Berlin zurück. — Gesamtlänge der ganzen Wanderung etwa 130 Kilometer (6 bis 7 Tage). Wer weniger Zeit zur Verfügung hat, mag sich mit diesem oder jenem Teillaufchnitt begnügen, zum Beispiel Küstrin-Schwedt, etwa 90 Kilometer (4 bis 5 Tage), Frankfurt-Bäckeritz, etwa 83 Kilometer (4 Tage), Küstrin-Bäckeritz oder Jäckeritz-Schwedt, je etwa 47 Kilometer (2 bis 3 Tage).

Treptow am Mittwochabend.

In den Gärten herrscht ungetrübtes Familienglück. Die kleinen Tische am Wasser sind überfüllt. Jeder Papa hält mindestens ein Kind auf den Knien. Zwischen den Tischen spielen die Kinder Greifchen oder beschäftigen sich anderweitig ernsthaft. Manchmal regt sich eine Mutter fürchterlich auf über ihren definitiv abhandeltommenen Sprößling. Es wird viel Bier getrunken. Und das Orchester spielt mit Temperament den Marsch aus der „Gardas-Fürstin“.

Unter den Kolonnaden, wohin der Schein der stimmungsvollen Lampen nicht reicht, genießen Liebende eines zurückgezogenen Glücks, der Kellner, ein verstehender Mann, hört nicht weiter. Aus dem Dunkel glühen die Zigaretten wie Leuchtlämpchen auf, die Unterhaltung wird in leisen Tönen geführt. Allmählich verbreitet sich unter den Menschen eine größere Erregung. Die große Stunde naht. Man injiziert eine Völkerverwanderung, man drängt mehr nach vorne, an den See, auf dem illuminierte Boote Stimmung machen. Wählich ein Schuß, der das Feiern gibt. Selbst die Liebenden sind erwacht. Alles stürzt, rennt wie von Furien gepöchtelt, an den See. Raketen glücken hoch, Sonnen brennen ab, dunkelrote Leuchtflugeln werden mit entzücktem Ahs und Ohs begleitet. Spannung, sogenannt Fieberhaft.

Man steht auf Tischen und Stühlen und hebt noch seine Kinder hoch, eine ältere Dame trifft energische Vorbereitungen, auf eine Kastranie zu klettern. Ein Herr erklärt von einem Boot aus, daß jetzt der berühmte Todesprung ausgeführt werden wird. Die Augen durchlöchern das Dunkel; plötzlich flammt ein Licht auf, die Brücke ist taghell beleuchtet, und unter den Klängen des Mimosenwalzers, der einen Ruck und der Orpheusouvertüre fliegt ein dunkles Etwas durch die Luft, Raketen steigen, darüber triumphierend, in die Höhe.

Ganz Vorkühliche lassen sich jetzt mühelos zur Strahlenbahn zurück, die bereits angenehm überfüllt ist. Noch immer leuchtgetagelt und rotetet es am Himmel. Dann kommt der große Lufteinbruch, begleitet von jenem Regen, man kämpft mit wilder Erbitterung um einen Platz auf dem Trittbrett der Strohhöhle. Ueberfüllte Autos tuten sich den Weg durch die Menge. Nach zwei Stunden sind die letzten Menschen abtransportiert. Gärten und See liegen ruhig und schweigend da.

Sinnenspiel.

Aus einem Tagebuch.

Mitgeteilt von Kurt Eisner.

14. August.
Beim Ueberlesen der letzten Blätter will es mir heute scheinen, als ob ich manches übertrieben hätte. Es ist mir gar nicht mehr möglich, mich in die Stimmung hineinzufühlen, doch kann ich nicht leugnen, daß jene eine Nacht wirklich von den Gedankenverbrochen, wie ich sie schilderte, beudet war. Das weiß ich leider nur zu genau und ich werde es niemals vergessen. Aber ebenso genau weiß ich, daß während dieser ganzen Zeit auch damals die größte Freude des ganzen Tages — eigentlich der Briefbote war. Wenn die Zeit der Bestellung heranrückte, lief ich bis zum Postgebäude dem Manne entgegen, um ja rechtzeitig den Gruß von Klara zu empfangen. Sie schrieb fast jeden Tag, plauderte in ihrer anmutigen, humoristischen Weise von diesem und jenem, erzählte mir in sehr hübscher, lebhafter Stillese von den beispiellosen Heftentaten meiner Sprößlinge, die wir um so mehr bewunderten, je unzulässlicher sie sind, und schloß gewöhnlich in Andeutungen unserer alten Geheimsprache mit einer auf unser Verhältnis zielenden Rederei, aus der doch die Liebe und Sehnsucht klar, wenn auch mit lächelnd zur Seite gewandten Augen hervorleuchtete. Manchmal kamen auch Postkarten mit zierlichen Versen ein. Blich die gewohnte Spende einen Tag aus, so hätte ich am liebsten den Briefträger wegen seiner Unerschämtheit, mich im Stiche zu lassen, begrüßt, wobei ich allerdings sicherlich schnell in die Defensive geraten wäre. Und nun habe ich gar seit sechs Tagen keine Sendung erhalten. Auch heute schüttelte der Briefträger mit dem mittelblauen Säcklein, das ihn dabei ziert, den Kopf auf meine Frage, ob er etwas für mich hätte. Was ist geschehen? Ich bin sehr unruhig. Ich bilde mir ein, daß die Kinder erkrankt sind. Kinderkrankheiten sind so unheimlich schnell. Ehe ich es noch erfahre, sind sie —; ich kann mir das gar nicht vorstellen, daß ich sie vielleicht niemals wiedersehen werde, ich würde wahnsinnig werden. Oder ist Klara selbst erkrankt, dann würde sie mit erst recht eine Nachricht schicken, um mich nicht in Sorge zu bringen. Wahrscheinlich wird sich das Rätsel ganz harmlos aufklären: Wirtschaftliche Abhaltung, große Wäsche und dergleichen. Morgen werde ich das erfahren. Ich werde dann lachen über meine grundlose

Angst, aber auch Klara tüchtig ausschelten, daß sie mir durch ihr Schweigen den Anlaß zu meinen Befürchtungen gegeben hat. Ich lese schon, wie sie antwortet wird: Hätte ich dich nicht vernötigt mit Briefschreiben, würdest du dich nicht beunruhigen, wenn ein paar Tage kein Brieflein kommt; einfach, weil die geplagte Hausfrau eben noch einiges anderes zu tun hat, als ihren Gemahl schriftlich in guter Laune zu erhalten...

Ich habe recht prophezeit. Heute kam ein Brief von Klara, aber dieser Brief hat meine Unruhe nicht beseitigt, sondern ins unerträgliche gesteigert. Unbefangen begann ich zu lesen, bis plötzlich Gespenster zwischen den Zeilen aufstauten und mich grinsend verfolgten. Ein Argwohn, den ich bisher niemals auch nur in flüchtigen Gedanken gestreift habe, erwachte, und seitdem bin ich in seinen Fängen. Dabei ist es wahrlich nicht wie eine Kraftäußerung meines Scharfsinns, der ein wenig zu deuten und deuten begehrt. Und doch, wenn ich mir auch vernünftig sage, es sei alles bloß willkürliche Einbildung, es weht aus dem Brief so schwül und unwahr, daß ich das Gefühl des Verdachts nicht zu bannen vermag. Ich will den Brief abschreiben und kommentieren, einer wissenschaftlich nüchternen Kritik auslegen — vielleicht ist das ein Mittel, um Klar über ihn und mich selbst zu werden.

„S...“, 2./10. August.

Diesen Brief schreibe ich lange nach Mitternacht. Ich konnte nicht einschlafen, stand wieder auf, saß nun auf dem Ballon der lauen Nacht, nur mit dem weißen „Matinee“ bekleidet, und plaudere mit Dir. Die Lampe bedeckt sich mehr und mehr mit unzähligen Spinnen, die sich versengen und dann in der Fettschicht des Fassins ihr Massengrab finden. Auch ein paar dicke braune Nachtflatterer, vor denen ich mich eigentlich fürchte, haben seine ihre Leben lassen müssen, bloß weil ich an Dich schreibe und dazu Licht brauche. Der Ballon stellt gleichsam einen Leuchtturm dar in der unendlichen Finsternis, nur daß er zum Unterschied von den richtigen Leuchttürmen, von denen ich leider noch niemals einen richtigen habe, die in dem Luftmeer treibenden Wesen nicht warnen, sondern zum Scheitern verführt. Ein wunderschönes, hauchzartes Gespinnst mit grünlichbernen, leuchtendem Saadec habe ich oben noch geteilt, indem ich es in der hohlen Hand vorsichtig abhing und am Gitter des Ballons in die dunkle Tiefe versenkte. Das Tier kam kingerweise nicht wieder. Die anderen aber lodt die Flamme in den

Tod. Ich weiß, Du erklärst mir die Sache anders: Die Insekten würden nicht von der Flamme angezogen, sondern sie gerieten von ungefähr in den Lichtkreis, gegendel verfielen sie ihr Richtungsgefühl, taumeln bewußtlos und vermögen so nicht zu fliegen. Meinst du das nicht? Ach, was ich als Leidenschaft zur Flamme mir erträume, erklärst Du grausam kalt für eine Rervensivierung. Aber vielleicht ist ja auch die Leidenschaft nichts als eine Rervensivierung. — — Leidenschaft... sie ist zu den Fröschen entflohen. Da zieht ein Trupp Soldaten hinaus, wohl zu einer Nachtlagerung. Sie singen. Aber es ist ein müdes Seplär, wie von eisgrauen Männlein, nicht wie das tönende Feuer junger Kraft. Da verstehen es die Frösche unten am Weiher wirklich besser. Sie quaken so leidenschaftlich, daß man fühlt, wie heiß es ihnen trotz ihres kalten Blutes zuwarte ist. Oder ist das ein naturwissenschaftlicher Irrtum, haben diese Tiere warmes Blut? Schreib mir doch darüber. Ich mag das Konversationslexikon nicht nachschlagen, denn da würde mir erst recht zum Bewußtsein kommen, daß Du fern bist. Sonst brauche ich ja nicht, weil Du alles aus- und inwendig weißt.

Nein, ich täusche mich nicht. In diesem Eingang züngelt eine drängende Begehrtheit. Das ist die verhaltene Sprache ihrer Brautbriefe, in denen sich auch die Worte der Leidenschaft gern in abschweifende Sätze verloren. Als ob jene sich schänten und hinter den Scherzen sich zu verbergen suchten. Müßig und heiter klingst es dann auch, was sie mir von den Kindern und allerlei Nichtigkeiten schreibt. Ganz am Schluß folgt dann, wie beifällig, als wenn sie die Mitteilung beinahe vergessen hätte:

„Uebrigens war Gier „Kind“ heute, das heißt gestern — denn jetzt ist es ja schon morgen — nachmittag bei mir. Der arme Junge fühlt sich recht unglücklich, weiß nicht, was er werden will. Würde alle Fakultäten durchstudieren. Er hat mir so gründlich sein Herz ausgeschüttet, daß er gleich bis zum Abend dablief. Der Besuch war mir gerade recht fatal, weil ich in der Wirklichkeit so sehr nach mir zu tun hatte. Aber er verließ mich dadurch, daß er mir von seinen neuesten Reisen erzählt, von denen er erst am Tage zuvor zurückgekehrt war. Er hat förmliche Entdeckungen ganz unbekannter Schönheiten gemacht, die weder im Bardeler, noch im Meyner stehen. Er läßt Dich vielmal grüßen, ebenso wie ich und die anderen.“

Klara.

(Fortsetzung folgt.)

Zwei Mütter.

Von Leonhard Frank. (Nachdruck verboten.)
(Schluß.)

Sie ging langsam durch die Straßen, dicht an den Häusern entlang, an der Kaserne vorüber, hinunter zum Kanal. Soldaten schrien ihr nach aus den Fenstern. Sie hielt sie für eine Dirne.

Johanna war während der drei Jahre nicht in der Heimatstadt gewesen. Hier, in diesen erinnerungsträchtigen Straßen ihrer Kindheit, hatte sie plötzlich das Gefühl, ihr Leben verspielt zu haben.

In wenigen Stunden würde sie operiert sein. Alles würde wieder sein wie vorher. Da überkam sie ein Gefühl der entsetzlichen Leere. Mit der Schwangerschaft war etwas in ihr ureigenstes Wesen, das ihre Beziehungen zu Welt und Dasein von Grund auf verändert hatte: eine lebendige, geheimnisvolle Kraft. Sie war in wenigen Tagen ein anderer Mensch geworden: als ob ihr ureigenstes Wesen plötzlich einen zentrierten Mittelpunkt gefunden hätte.

Was könnte ihr des Vaters oder irgendeines Menschen Rücksicht noch anhaben, wenn sie nur einen Schritt zu machen brauchte zum Welt, in dem das Kind lag, das, geboren aus ihrem Sein und Blut, ihr die teuerste Verantwortung auf Erden übertrug?

Johanna hatte tief gewußt, daß dieses im Wachsen begriffene einfache Gefühl sich mit der Vollendung des Kindes in ihr vollendet haben würde.

Sie kam zum Stadtpark, in dem sie als Kind gespielt hatte. Er war in ihrer Erinnerung der herrlichste Garten der Welt gewesen. Sie schloß die Augen: Die Rosenrosen strömten den ihr wohlbekannten, ein wenig fränkischen, aber ungemünzten süßen Duft aus, der Gefühle aus ihrer frühesten Kindheit in ihr erwachen ließ.

Um sie herum lärmten Kinder, spielten Kreisel und häckelten einander. Johanna setzte sich neben eine Frau, zu deren Füßen ein kleines Mädchen Sand in Formen goß.

Das Leben könnte so gut sein. Man müßte einander nur lieb haben, seinen Kindern zusehen, wie sie spielen, und ganz einfach sein. Dagegen ihr Leben der letzten Jahre: Provinztühere und -Schauspieler, Literatengelächter in Cafés die ganzen Nächte durch, Tabaksqualm, aufgequollene Gesichter. Bei Sonnenaufgang nach Hause.

Und hier war alles geblieben, wie es war. Nur daß andere Kinder um den Teich liefen, andere Kinder sich Ketten aus Kastanien banden.

Die Sehnsucht nach ihrem Kinde überkam Johanna mit Urmacht. Sie fühlte deutlich, wie es in ihr lag, mit zusammengefaßten Armen und Beinen. Es schien seiner Mutter böse zu sein. Auf der Stirn hatte es eine große Falte, und der Mund war zusammengepreßt.

Sie stoh aus dem Garten, kam wieder bis zu Doktor Kroners Haus. Lange ging sie vor dem Hause auf und ab in qualvoller Unentschiedenheit, ob sie hinaufgehen und die Operation abbestellen sollte. „Abbestellen!“ Sie lächelte schief.

Doktor Kroner sah am Schreibtisch und registrierte Einnahmen und Ausgaben, schluckte manchmal einen Bisker und rauchte eine Hasaranna.

„Ich brauche nur hinaufzugehen und die Operation abzubestellen. Dann werde ich ein Kind haben. Ein Mädchen! Mein kleines Mädchen!... Und dann?“

„Ich bestand immer die Examen. Aber Hugo Wange war entschieden genialer. Alles was recht ist!... Er scheint aber total verkommen zu sein. Und jetzt hat er auch noch das Mädchen unglücklich gemacht.“ Der Doktor wandte sich um und tätschelte den weit vorstehenden Leib seiner Frau, die Patientin legte.

Seitdem Frau Kroner das Kind erwartete, war dieses Spiel ihre Hauptbeschäftigung. Sie konnte nacheinander hundert Patienten legen, ohne zu ermüden, und freute sich immer wieder von neuem, wenn die Karten ihr bestätigten, daß das Kind blaue Augen haben werde wie Doktor Kroner.

In der Küche sah das Mädchen, strickte Strümpfe für ihre Aussteuer und schrieb zwischendurch einen Brief an ihren Bräutigam. Es war sehr still und friedlich in der Wohnung.

Wühlte sich Frau Kroner einen Schrei aus. Die Karten flogen ihr aus der Hand. Ein Riß war durch ihren Leib gegangen. Sie hatte deutlich gefühlt, daß in ihr etwas zerfunden war. Gleich darauf lief auch das Wasser ab. Der Doktor telephonierte an einen Kollegen. Das Mädchen lief zur Hebamme.

Wenn eine Wehe kam, hielt Frau Kroner den Atem an, um den Schmerz zu lindern. Der Doktor band einen Strick an das Fußende des Bettes und gab ihn ihr in die Hand. Sie mußte die Wehen verarbeiten, sagte er, wenn eine Wehe komme, am Strick ziehen und noch stärker pressen, dadurch würde das Kind schneller herausgetrieben.

Frau Kroner versuchte es und brüllte. Der ganze Körper wurde krampfartig geschüttelt. Der wütende Schmerz im Leib zog und riß und schnitt und knetete. Das Herz pumpt. Die Augen traten vor. Der Atem drohte auszubleiben. Schweiß rann.

Das also ging jedesmal vor sich, wenn ein Mensch zur Welt kam. Sie wollte lieber auf der Stelle tot sein.

„Das ist erst der Anfang. Die eigentlichen Wehen werden erst am Morgen kommen, soweit es sich berechnen läßt“, sagte der Kollege zu Doktor Kroner. Uebrigens sei alles in bester Ordnung. Der Kopf des Kindes liege in der Öffnung des Muttermundes.

Johanna war ins Sanatorium gegangen. Sie hatte den ganzen Nachmittag und Abend im Freien verbracht, um die Miete für einen Tag zu sparen. Sie war verstimmt und ganz enttäuscht und ersehnte irgendeine Katastrophe.

Zwei Schwestern führten Johanna am andern Morgen durch die langen Korridore, über eine steile Wendeltreppe hinauf in den Operationsaal. Sonne überflutete den großen, kalten, weißgeländerten Raum, in dem es stark nach Äther und Jodoform roch.

Neben der Operationsbühne stand ein kleiner, dicker Arzt mit einer großen Glase. Er hielt die Jodoformmaske schon in der Hand.

Johanna hatte seit dem Verlassen des Zimmers nicht aufgehört zu lächeln. Es schien ihr die einzige Möglichkeit zu sein, über alles hinwegzukommen. Der starke Geruch verursachte ihr Uebelkeit. Sie hatte in den letzten Tagen wenig gegessen und diesen Morgen der Narkose wegen kein Frühstück bekommen. Die Möglichkeit, in der Narkose zu sterben, war plötzlich ganz nahegerückt, und der Tod erschien ihr wunderbar. So wäre alles gelöst.

Die Schwestern entfernten schnell die wenigen Kleidungsstücke, die Johanna anhatte. Der dicke Arzt betrachtete Johanna und unterhielt sich dabei weiter mit den Schwestern.

Doktor Kroner, im Operationsmantel aus Gummi, eilte herein, hinter ihm sein Assistent. Das Gespräch verstummte. „Alles in Ordnung?“ Doktor Kroner zog die Gummihandschuhe an.

„Haben Sie falsche Zähne?... Na, dann sprechen Sie mir langsam nach: eins... zwei... drei... vier...“ Der dicke Arzt legte die Maske auf Johannas Gesicht und nahm ihren Puls zwischen die Finger.

„Zählen Sie!“

„... sieben... acht... O, welch himmlisches... istsches Gefühl!“ Doktor Kroner zog die Gebärmutter nach vorne und hielt sie in dieser Lage, öffnete vorsichtig den Muttermund, führte das Messer ein und teilte sie mit vier geschickten Schnitten den Fötus.

Er arbeitete schnell und sicher weiter, führte Jodoformgaze ein für den Verband. „Das hätten wir! Die Maske weg!“ Schweiß rann von der Stirn.

Zehn Minuten hatte das Ganze gedauert.

Als Johanna heruntergehoben war, stürzte Doktor Kroner atemlos ans Telefon. Seine Frau hatte einen Knaben geboren. Die Schwestern und die Kollegen umringten ihn und gratulierten. Sein nasses Gesicht strahlte.

Zwei Klinikmänner in weißen Mänteln trugen die noch bewußtlose Johanna in das Zimmer und legten sie auf das Bett.

Justitia spricht:



„Daß ich langsam vor dem Recht erblinde,
Gab man mir die dunkle Augenbinde.
Und so sah ich niemals, Gott sei Dank!
Wie die Wage auf und nieder sank.
Doch was nützt's, in Blindheit zu verfallen!
Denn in der Gerechtigkeitsanstalt
Fängt's auf einmal schaurig an zu sinken.
Stammt auch dieser Stank vom Staatsanwalt?
Schrecklich mußst es unter meinen Priestern,
Die um meine ehrnen Füße kriechen.
hängt mir auch die Binde um die Nüstern:
Diesen Stank, den kann ich nicht mehr riechen!“

Manila und die Philippinen.

Von Richard Huelsenbeck.

(Sonderbericht für den „Vorwärts“.)

Das südchinesische Meer ist ein heimtückisches Gewässer. Der Monsun bläst hier mit Windstärke 10 und eine himmelshohe See schaukelt einen so lange, bis man schwach und nachgiebig wird.

Luzon, die größte der tausend Inseln, die man die Philippinen nennt, ist ein Eiland, das der Herrgott in einer seiner erfindungsreichsten Stunden geschaffen haben muß. Da sind sanfte Hügelandschaften, die vom Harz genommen sein könnten. Dichter Urwald tritt bis an die See heran. Riesenhafte Felsen schieben sich plötzlich vor. Nachtvoß, wie hingeworfen und übereinandergerollt sind urweltliche Steinschichten. Durch Tore, die die See in Jahrtausenden genagt und gebaut hat, strömt der blaue Schwall des Wassers. Kühne Boote wagen sich weit aus dem Hafen heraus.

Hier bei Manila, im Winkel von Luzon, entstehen die Talsune, die gefährlichsten Wirbelstürme der östlichen Seen.

Schwerfällig wälzt sich das brüllende Ungeheuer von Manila nach Hongkong und von dort nach Japan. Die dröhnenden Küstenstationen melden es Stunden vorher nach allen Richtungen und was stehen kann, flieht mit äußerster Maschinenkraft.

Tausende von den chinesischen Dschunken werden jährlich von den Talsunen zur Strecke gebracht. Eine schwere Sturzsee genügt, um die altväterlichen Holzstämme zu zerhackern. Und doch fahren die Dschunken immer wieder hinaus — die gleichen altväterlichen Dschunken wie vor fünfshundert Jahren.

Der Chinese ist ein konservativer Mann. Vor allen Dingen aber ist er ein furchtloser Mann. Todesangst ist ihm unbekannt.

Manila und die Philippinen haben bis vor 20 Jahren den Spaniern gehört. Dann kamen die Pankees mit jugendlichem Appetit und verstanden es, unter großen moralischen Beteuerungen die Spanier um ihr Besitztum zu bringen. Die Affaire ist ja bekannt. Sie haben nun wunders gedacht, was für einen „Fortschritt“ sie hierherbringen könnten.

Man sieht denn auch zahlreiche Ford-Autos, Hafenanlagen mit Docks und Kränen, eine Straße mit Warenhäusern, Caddy-Stores, alkoholfreie Lunchon-Buffets, Boarding-Häuser, Rooie Pictures (Kientopps) usw.

Im Manila-Hotel hat die amerikanische Zivilisation ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Im Foyer, auf Longchairs unannahmbar hingestreckt sind die Amerikanerinnen. Sie blicken scharf durch mächtige schwarzgeränderte Hornbrillen auf die etwas eingeschüchterten Ehegatten, die „trocken“ wie sie nun mal sind, an Eiswassergräsern nippen.

Eine ganze Armee von uniformierten Bogs schwirrt durch den hohen Raum. Für jedes Bedürfnis ist ein Bogg parat. Dazu klirrt das Geräusch der beginnenden Frühlings-Jazzband und ununterbrochen hupen die Ford-Cars die Auffahrt herauf.

Vom Dining-Room, der mehr eine Dining-Beranda mit herrlichen Palmen und tropischen Pflanzen ist, hat man einen Blick auf den Hafen.

Da liegen in langer Reihe die amerikanischen Torpedoboote. Nebenall Soldaten in diesem friedlichen Land!

Wir erinnern uns des japanisch-amerikanischen Gegenjahres, der ja wohl in diesen Meeren eines Tages zum Austrag gebracht werden wird.

Man stellt mit den Kommandanten der „A. S. Kang“ — der hier stationierten amerikanischen Marine vor. Das ist ein typischer Amerikaner mit hagerem Gesicht und langen Gliedern. Er bleibt zwei Jahre in Manila, dann geht er wieder zwei Jahre ins Land der mehr oder weniger großen Freiheit, um danach in ewiger Abwechslung wieder nach Manila zu kommen. Mit ihm wandert eine wohl assortierte Gemahlin mit kühlem Blick und einer umheimlich dicken Perlenkette. Ferner eine Tochter, ein Mädchen, das schon mehrere Automobilrennen mitgesehen hat, die reitet wie ein Cowboy und schießt wie ein Kunstschütze. Es ist eine merkwürdige Gesellschaft! Alle zusammen sind sie Anhänger der Christian Science, einer christlichen Gesundheitslehre, die ein Weib, die berühmte Mrs. Baker Eddy als Päpstin verehrt.

Wie hätten die Spanier mit ihren zerlumpten Priestern, ihren vergitterten Häusern, stillen Höfen mit Springbrunnen — ihrer ganzen Alhambra-Romantik, wie hätten sie sich auf die Dauer gegen einen solchen Ansturm von Fortschritt wehren können.

Und doch — Manila ist im Grunde auch heute noch eine spanische Stadt.

Das Volk spricht spanisch. Mitten im Getümmel der Straßenbahnwagen steht die wundervolle Kathedrale Santa Cruz.

Die Philippinos müssen harmlose Wilde gewesen sein. Solche, von denen man in Reisebeschreibungen liest, daß sie gleich mit gefüllten Stabkesseln und gerösteten Schweinschinken angefüllt kamen, um die Fremden (die ihrer eigenen häßlichen Natur nach Nord und Ostschlag fürchteten) zu bewirten, so gut sie konnten.

Die Fremden belohnten diese Freundschaft mit dem Geschenk der Zivilisation (Sophsils und Brannwein eingeschlossen).

Das haben die armen Kanaker nun davon!

Es sieht äußerst merkwürdig aus, wenn man so eine kleine Philippinerin mit ihrem ausgesprochenen Südseeindianergericht in ihrer Nationaltracht in einem Ford-Auto sitzen sieht.

Starren Gesichts nimmt sie diese Zivilisationsfreude hin, so, als würde sie auf den Flügeln eines ihrer eingeborenen Götter in unbekannt fernem getragen. Wer weiß, ob die Sache gut geht? Diese kleinen wilden zivilisierten Frauen sind entzückend. Sie trippeln in zarten Samtpantoffeln und raffen ihren Rock so zierlich wie die auf Graze bestens eingefuchste Ober-Kinziop-Diva Somiefs. An den Schultern tragen sie zwei starre Flügel aus Geze — das gehört zur Tracht.

Man hat mir gesagt, daß diese Schmetterlinge gefährlicher sind als sie aussehen. Der Europäer, der denkt, eine kleine Geliebte an ihnen zu haben, findet Frauen, denen die ganze hohe Schule der Leidenschaft geläufig ist. Es soll wahre Königinnen der Liebe unter ihnen geben.

Die Männer sind ein harmloseres Geschlecht.

Sie sind wie geschaffen zum Kommerdiener. Man hat das Gefühl, daß man als Europäer von ihnen die unmöglichsten Dienste verlangen könnte. Sie würden sie ausführen aus Ehrfurcht und Scheu vor der strafenden Gewalt, die hinter der glatten Fassade des weichen Mannes verborgen ist.

Auf dieser Scheu hat bisher die Stellung der Europäer im ganzen Osten beruht. Nach dem Kriege sind die östlichen Völker selbständiger geworden. Sie hatten in ihrer tiefen Harmlosigkeit die Europäer für moralisch besser als sich selbst gehalten, denn sie konnten sich eine größere Macht nur mit einem hervorragenden Sinn verbunden vorstellen. Und dann begriffen sie den Haß, die Wut, die niedrige Leidenschaft der angestammten Herren. Das war ein gewaltiges Augenaußmachend! Und nun, sagt man, ist der Osten erwacht.

Bei den guten Philippinos merkt man allerdings noch wenig davon. Erst waren sie spanisch, nun sind sie amerikanisch — weiß Gott, was noch kommt. Wenn der eine Herr weggeht, kommt der andere, Hauptsache ist, daß er einem die Stiefel, die man mühsam gewaschen hat, nicht an den Kopf schmeißt.

Sie gehen mit treuen Hundsgängen umher und freuen sich ihres Daseins.

Sie haben einen ausgesprochenen Sinn für Eleganz wie alle primitiven Völker. In blendendweißen Anzügen stolzieren sie die „Casalta“, die Hauptstraße der Stadt auf und ab.

Andererseits scheinen sich in ihrer Kleidung nicht weit von ihren Urnahmen entfernt zu haben. Sie haben nur ein kurzes weißes Höschen und eine Art Unterjacke aus hauchzartem Stoff.

Dabei muß man bedenken, daß hier im Sommer eine Temperatur von vierzig Grad im Schatten herrscht.

Bei dieser Hitze möchte man sich mit den Kleidern noch die Haut abreiben. Wenn einer nur etwas von „angezogen sein“ spricht, kann man einen hysterischen Weintrauf kriegen.

Manila liegt in den Tropen und die Gewohnheiten der Menschen sind hier tropische.

Wenn man in einem der einpferdigen Wägelchen, die das landesübliche Beförderungsmittel sind, nur eine Stunde aus der Stadt herausfährt, glaubt man den Amerikanismus, die Zivilisation — den gesamten Eiswasserfortschritt als einen Traum geräumt zu haben.

Zwischen Palmen, Strobäumen und Planen liegen richtige Urwaldhöfe.

Die Häuser sind Gestelle aus Matten. Echte, unpolierte Urwaldmenschen, Männer mit wärbigen Miencn, Frauen mit Kindern an der Brust schauen aus den „Fenster“.

Hinter allen steigen die blauen Berge auf. Dort gibt es heiße Quellen, Affen und andere Merkwürdigkeiten.

Was muß das für ein Erlebnis gewesen sein, als vor einigen hundert Jahren die ersten Europäer dieses Land in seiner Unberührtheit betreten. Die Berge, die Pflanzen, die Tiere — wie eben hervorgegangen aus Gottes Hand. Heil und fröhlich — wie losgebrochen aus dem Kristall des Himmels.

Ein Wunder an Schönheit und Liebreiz sind die Philippinen. Wenn man nach langer stürmischer Seefahrt diese begnadeten Inseln betritt, öffnet sich dankbar das Herz.

Vermögenssteuerberatung im Reichstag.

Genoße Keil über das Reichsbewertungsgesetz. — Abstimmungen.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags der § 1 des Notetats mit der Geltung bis zum 8. August oder, wenn bis dahin der Haushaltsplan für 1925 noch nicht festgestellt sein sollte, bis zum 30. November 1925 angenommen.

Über den sozialdemokratischen Antrag, daß den Beamtengruppen I bis VII ein Zuschlag zum Grundgehalt in Höhe von 20 Proz. (Vorlage: Beamtengruppen I bis VI 12 1/2 Proz.) gewährt werde, stand eine einstimmige Abstimmung an, die die Ablehnung des Antrags mit 226 gegen 173 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen ergab.

Die Vorlage wird unverändert angenommen, es erhalten also die Gruppen I bis VI 12 1/2 Proz., die übrigen Beamten 10 Proz. Zuschlag, sowie sämtliche Reichsbeamte einen Zuschlag zu den Kinderzuschlägen und dem Frauenschlag von monatlich je zwei Mark.

Die von den Sozialdemokraten beantragte einmalige Wirtschaftsbillie von 100 Mark für die Gruppen I bis VII wird abgelehnt.

Es folgt die 3. Lesung des Notetats.

Abg. Steinopf (Soz.):

Durch Ihre Abstimmung haben Sie bewiesen, daß Sie auf die Not der Beamtenschaft keinerlei Rücksicht nehmen, daß Ihre Versprechungen und Anträge nur Demagogie gewesen sind. Das Weitere wird sich jetzt außerhalb dieses Hauses abspielen. So wie der Reichsfinanzminister die Dinge dargestellt hat, liegen sie nicht. Das Zahlenmaterial, das mein Parteifreund Bender hier vorgetragen hat, ist nicht widerlegt. Wir haben unsere Anträge jetzt nicht wiederholt, weil wir uns nicht der trügerischen Hoffnung hingeben, daß die Regierungsparteien ihre Meinung gewechselt haben. Wohin geht denn das Geld, das hier hinausgeworfen wird? Ich erinnere an die 18 Millionen, die zur Höherstellung der Kriegssoldatier ausgegeben werden. Wenn der Reichsfinanzminister sich dabei auf ein rechtskräftiges Urteil beruft und meint, er brauche zur Schaffung eines Gesetzes, das dieses Urteil abbittet, eine Zweidrittelmehrheit, so sage ich Ihnen, daß diese Zweidrittelmehrheit schon zustande gekommen wäre. Wertwürdig ist, wie dieses Urteil beim großen Senat des Reichsverwaltungsgerichts zustande gekommen ist.

Erst nach man die Entscheidung lange hinaus, aber als der einjährige Schwerekriegsbeschädigte wegen Krankheit als Beilager nicht teilnehmen konnte, holte man einen Generalmajor a. D. als Ersatzbesitzer. Dann wurde mit einer Stimme Mehrheit das haarsträubende Urteil gefällt, wonach den Kriegssoldatier, die schon 6000 M. und mehr Pension bekommen, noch weitere Millionen gegeben werden, während die armen Beamten nicht einen Pfennig mehr erhalten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wäre es nicht richtiger, einen Gesetzentwurf einzubringen, der dieses Urteil kassiert?

Es kann nicht so weitergehen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft eine glatte Diktatur über die Reichsregierung ausübt. Bei der Bezahlung der hohen Beamten pfeift die Reichsbahn auf die Reichsregierung, wenn aber das Reich nur die Abfuhr hat, für die unteren Beamten etwas zu tun, dann erhebt die Reichsbahn Einspruch, und das Reich beugt sich, obwohl die Mittel vorhanden sind. Die Reichsbahnbeamtenschaft ist jetzt in einen Bohlenkampf eingetreten. Sie wird sich, da sie mit der Arbeiterschaft zusammenmarschiert, nicht ebenso abspalten lassen, wie der Reichsfinanzminister und die Regierungsparteien die Reichsbahnbeamten abspalten. Wenn dann eine Tarifserhöhung kommen sollte, dann werden wir sehen, daß wohl die Reichsbahnbeamten sich ihre Rechte erkämpft haben, daß aber die Regierungsparteien und die Regierung vor der Reichsbahn-Gesellschaft kapituliert haben. Das ist die Sorge, die Sie (nach rechts) für die Beamtenschaft haben. Wir werden den Beamten des Reichs, der Länder und Kommunen zeigen, wie diese Regierung und diese Regierungsparteien sie verraten und verkauft haben. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach Ausführungen der Abg. Kreuzberg (Komm.) und Dietrich-Franken (Soz.) werden die Entschlüsse der Böttischen zur Außenpolitik und zur preußischen Justiz abgelehnt.

Der Notetat wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung auch in dritter Lesung endgültig angenommen.

Hierauf wird die

Die zweite Beratung der Vermögenssteuer

fortgeleitet.

Abg. Stöckel (Soz.) begründet zum Tarif einen Änderungsantrag, der eine raschere Progression der Steuerläufe bei den größeren Vermögen erreichen will.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.) beantragt eine Milderung des § 8. Nach der Vorlage wird die Vermögenssteuer nicht erhoben, wenn das abgerundete Vermögen 20.000 M. und das letzte Jahreseinkommen 5000 M. oder 20.000 M. und das letzte Jahreseinkommen 4000 M. nicht übersteigen hat, sofern der Steuerpflichtige über 60 Jahre alt oder erwerbsunfähig ist. Die Befreiung soll nur eintreten, wenn diese Voraussetzungen in der Person des Ehepartners vorliegen. Frau Dr. Lüders will mit ihrem Antrag diese Beschränkung der Befreiung dann nicht eintreten lassen, wenn die Ehefrau nicht regelmäßig mit erwerbstätig oder hauptberuflich ist oder war. Die Rednerin betont, bei den Kleingewerbetreibenden, Schlichtern, Bäckern usw. sei die Ehefrau meist die wichtige Mitarbeiterin des Mannes. Die Variieren der Rechte, die sonst bei jeder Gelegenheit ihre Mittelstandsfreundlichkeit betonen, müßten also dem Antrag zustimmen.

Abg. Hülsmann (Komm.) beantragt eine Umgestaltung des Tarifs in der Richtung, daß die größeren Vermögen stärker herangezogen werden.

Der letzte § 25 der Vermögenssteuer bestimmt nach der Ausschussfassung: Die Vermögenszuwachssteuer wird bis zum 31. Dezember 1928 außer Hebung gesetzt.

Abg. Saupé (Soz.) begründet einen Antrag, wonach die Erhebung schon nach dem 31. Dezember 1928 wieder beginnt.

Abg. Dr. Rosenburg (Komm.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Reichsfinanzministers und des Abg. Dr. Dernburg.

Der Antrag Frau Dr. Lüders (Dem.) zum § 8 wird mit einer formalen Milderung angenommen.

Im übrigen wird die Vermögenssteuer unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung der Erbschaftsteuer.

Abg. Saupé (Soz.) tritt für die Anträge seiner Partei ein, die eine wesentlich stärkere steuerliche Erlassung der Erbschaften verlangen, als in der Vorlage vorliegt. Der Redner zieht zum Vergleich die weit höheren Sätze der englischen Erbschaftsteuer heran.

Abg. Rödel (Komm.) beantragt ebenso wie die Sozialdemokraten die Wiedereinführung der Nachlasssteuer.

Abg. Hortlacher (Bayer. Sp.) wendet sich gegen die kommunizierenden Ausführungen.

Ministerialdirektor v. Jordan sagt eine Steuerstatistik zu. Die Vorbereitungen zu einer solchen Statistik für die Erbschaftsteuer seien bereits im Gange.

Abg. Sendewitz (Soz.)

Beim Erbschaftsteuergesetz wäre es durch Annahme der sozialdemokratischen Anträge möglich, die Einnahmen des Reichs ganz erheblich zu steigern. Aber auch elementare Gerechtigkeitsgründe sprechen für die volle Wiederherstellung der Besteuerung des Gatten-erbes. Denkt man daran, daß im vorigen Jahre von der Erbin des reichsten Mannes in Deutschland nach dem Tode Hugo Stinnes nicht ein Pfennig Erbschaftsteuer gezahlt wurde, so versteht man, daß ein Sturm der Entrüstung durch ganz Deutschland ging. Das mußte das Rechtsempfinden des Volkes verletzen und die Steuermoral untergraben. Bei einer Anfrage an den damaligen Finanzminister, heutigen Reichsfinanzminister Dr. Luther mußte man erfahren, daß es ganz in der Ordnung und richtig sei, daß die Erben Hugo Stinnes' keine Erbschaftsteuer zahlten. Wenn dies nach dem Paragraphen des Gesetzes richtig war,

wie ist es möglich, daß das Erbe des Herrn Stinnes an seine Söhne übergeführt werden konnte, ohne daß auch die Söhne Erbschaftsteuer zu zahlen brauchten? Ich frage die Regierung, was hat sie getan, als nach dem großen Krach im Hause Stinnes das Erbe unter die beiden Söhne verteilt wurde, hat sie verlangt, die Erbschaftsteuer, um die sie betrogen worden ist, hereinzuholen?

Abg. Roenen (Komm.): Die Annahme der Nachlasssteuer, der Erbanfallsteuer und der Schenkungssteuer, wie wir sie fordern, würde große Mehreinnahmen bringen.

Die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge auf Wiedereinführung der Nachlasssteuer werden abgelehnt.

Nach Ablehnung der weiteren Änderungsanträge wird die Ausschussfassung der Vorlage in zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die

zweite Beratung des Reichsbewertungsgesetzes.

Abg. Keil (Soz.):

Bei der Massenfabrikation von Steuergeheimen, der sich der Reichstag jetzt unterzieht, ist dem Reichsbewertungsgesetz bisher nicht die Würdigung zuteil geworden, die es nach seiner Bedeutung verdient.

Wenn im Deutschland der Vorkriegszeit ein Gesetz dieser Art überhaupt möglich gewesen wäre, so würde es einer monatelangen ersten Beratung unterworfen worden sein. Im Rahmen der Steuerberatungen der letzten Wochen sind jedoch nur etwa drei Sitzungen des Ausschusses auf dieses Gesetz entfallen, und wenn die Opposition sich hier im Plenum ebenso verhalten würde wie die Regierungspartei, so würde dieses Gesetz lang- und klanglos über die Bühne gehen.

Dabei berührt dieses Gesetz aufs engste die staatsrechtlichen Grundlagen des Deutschen Reichs.

Im alten Deutschland mit dem Eiferfürchteten und dem Machtstreben der einflussreichen Dynastien wäre ein solches Gesetz ein Ding der Unmöglichkeit gewesen. Ich gestehe es offen, daß ich es in der heutigen Republik noch vor kurzem nicht für möglich gehalten hätte.

Die Entwicklung der deutschen Steuerleggebung schien sich noch vor wenigen Monaten in einer Richtung zu bewegen, die der Richtung dieses Gesetzes genau entgegengesetzt ist.

Die Vereinfachung der deutschen Steuerleggebung

in den Händen des Reichs, die zur unumgänglichen Notwendigkeit geworden war, nachdem das wilhelminische Deutschland den Weltkrieg verloren und die Reichseinheit gefährdet hatte, stieß bei den Parteien der Rechten und bei verschiedenen Völkervereinigungen, besonders süddeutschen, auf wachsenden Widerstand. Die berühmte bayerische Denkschrift zur Verfassungsfrage forderte nicht mehr und nicht weniger als die völlige Rückgabe der direkten Steuern samt der Steuerverwaltung an die Länder. Die Deutschnationale Volkspartei machte diesen den Bestand des Reichs bedrohenden partikularistischen Bestrebungen solange sehr bedenkliche Zugeständnisse, als sie in der Opposition war. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Ihre Haltung hat sich auch in dieser Frage, genau wie in der Aufwertungsfrage und in den Fragen der Außenpolitik, von Grund aus geändert, seit sie Regierungspartei geworden ist. Heute verteidigen die Deutschnationalen, wie wir in den nächsten Tagen beim Finanzausgleichsgesetz sehen werden, den Anspruch des Reichs auf mindestens 25 Proz. der Einkommensteuer gegen die Forderung der Länder und unterstützen ihren Reichsfinanzminister in dem eifrigen Bestreben, durch eine übertriebene Inflationenpolitik die Reparationsleistungen auf lange Zeit hinaus unbedingt sicherzustellen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Der Reichsfinanzminister findet auch die einmütige Unterstützung der Deutschnationalen Volkspartei und, wie ich annehme, auch der Bayerischen Volkspartei bei der Empfehlung dieses Reichsbewertungsgesetzes, das weit davon entfernt ist, jene partikularistischen Ziele zu fördern, das vielmehr

einen neuen kräftigen Schritt zum inneren Ausbau der einheitlichen Reichssteuerleggebung macht.

Man würde sich ja freuen über den Wandel der Anschauungen, der hier festzustellen ist, wenn man nicht befürchtete, daß die nächste Veränderung der parteipolitischen Konstellation wieder zu ähnlichen Rückschlägen in den alten Sünden führen würde. (Sehr richtig!)

Wir Sozialdemokraten nehmen zu den Fragen, die das Reichsbewertungsgesetz aufrollt, heute als Oppositionspartei genau die gleiche Stellung ein, die wir früher als Regierungspartei eingenommen haben und die wir auch in der Vorkriegszeit schon verfolgt haben. Wir begrüßen das Reichsbewertungsgesetz, weil es unserem Ziele dient, die komplizierte Konstruktion des deutschen Staatwesens zu vereinfachen und das innere Gefüge des Deutschen Reichs zu festigen.

Wenngleich dieses Gesetz auf einem Kompromiß zwischen dem Reich und den Ländern beruht, wenngleich es in vielen Punkten den efferfüchtigen Starrsinn verblinder Partikularisten noch in einer der Sache zum Schaden gereichenden Weise erkennen läßt, so werden wir doch unsere Zustimmung geben. Wir verzichten nicht auf einige wenige Verbesserungsanträge, die den Ausschuss schon beschäftigt haben und dort leider abgelehnt worden sind. Aber wir erblicken, trotz der Mängel, die dem Gesetz im einzelnen anhaften und deren Reformbedürftigkeit die Praxis bald erweisen wird, in ihm einen verfassungsmäßigen, politischen und staatsrechtlichen Fortschritt.

Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß in einem großen Staatswesen, das ein einheitliches Wirtschaftsgebiet bildet, eine partikuläre Regelung der grundlegenden Steuerleggebung auf die Dauer ein Ding der Unmöglichkeit ist.

Wie stark das Bedürfnis nach Einheit in diesen Fragen ist, das zeigen uns die mehrfachen Hinweise in der Begründung der Vorlage und in den Erklärungen der Regierungsvertreter im Ausschuss, auch das Verlangen der Wirtschaftskreise nach einheitlicher Vermögensbewertung. Die Reichsregierung hat trotz ihrer lokalen Ver-

teiligung der mit den Ländern abgeschlossenen Kompromisse nicht geleugnet, daß sie aus sachlichen Vernunftgründen in der Vereinheitlichung noch erheblich über die Vorschriften des Bewertungsgesetzes hinausgehen würde, wenn sie nicht durch enggelegte Länder-einflüsse daran gehindert würde.

Das Reichsbewertungsgesetz ist das einzige in der langen Reihe der Steuergeetze, die der Reichstag jetzt beschließen soll, das nicht dazu dient, der Bevölkerung unmittelbar Steuern aufzuerlegen. Es will vielmehr nur Vorschriften treffen für die einheitliche Feststellung des Wertes der einzelnen Vermögensarten, die, sei es im Reich, sei es in den Ländern, den Gegenstand der Besteuerung bilden. Hatte das Reich bisher nur gesetzliche Vorschriften erlassen für die Bewertung der Vermögen zum Zweck der Erhebung einer Reichsvermögenssteuer, so sagt das neue Gesetz, daß die nach seinen Bestimmungen vorzunehmende Bewertung zugleich maßgebend ist für die Erhebung derjenigen Steuern der Länder und Gemeinden, die nach dem Wert einzelner Vermögensarten bemessen werden. Erhebt also ein Land eine Grund-, eine Gebäude- oder eine Gewerbesteuer, die an den Wert statt an den Ertrag anknüpft, so muß es sich an die Einheitswerte halten, die auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes durch Organe des Reichs unter der Oberleitung des Reichs gleichmäßig für das ganze Reich festgestellt werden.

Man kann gegen die Bewertungsregeln, gegen die Behördenorganisation und gegen das Verfahren, wie es im Gesetz geregelt ist, im einzelnen stark Bedenken hegen, und doch das Prinzip des Gesetzes begrüßen.

In einem Teil der Länder werden die Realsteuern noch in der Form der Ertragsbesteuerung erhoben. Auf diese Besteuerungsart finden die Vorschriften des neuen Gesetzes keine Anwendung, wenngleich die Ertragsberechnungen, die auf Grund des neuen Gesetzes zur Wertermittlung vorgenommen werden, von den betreffenden Ländern nutzbar gemacht werden dürfen. Es ist aber zu wünschen und zu erwarten, daß die Länder in Bälde allgemein zur einheitlichen Wertbesteuerung an Stelle der Ertragsbesteuerung übergehen, was zweifellos auch den allgemeinen Wirtschaftsinteressen entspricht.

Dieser Uebergang würde erleichtert werden, wenn das Gesetz nicht erhebliche Fehler aufwiese. Einen der Hauptfehler erblicke ich darin, daß der Wertermittlung bei land- und forstwirtschaftlichen und ebenso bei Grundvermögen der erzielbare Ertrag, bei Betriebsvermögen dagegen der gemeine Wert zugrunde gelegt wird. Nebenbei bemerkt trifft das Gesetz die eben erwähnte neue begriffliche Unterscheidung zwischen Grundvermögen einerseits und Land- und forstwirtschaftlichem Vermögen andererseits. Beim Grundvermögen soll nur das Bauland mit gewissen Ausnahmen nach dem gemeinen Wert bewertet werden. Für die unterschiedliche Behandlung der verschiedenen Vermögensarten fehlt es an jedem durchschlagenden Grunde.

Am zweckmäßigsten wäre die Zugrundelegung des gemeinen Werts für die Wertermittlung bei allen Vermögensarten, die wir Sozialdemokraten stets gefordert haben.

Aus dieser Stellungnahme ist uns der Vorwurf der Landwirtschaftsfeindlichkeit gemacht worden, weil angeblich die Landwirtschaft bei Anwendung des gemeinen Werts ungerecht belastet würde. Ein völlig unbegründeter Vorwurf. Wir scheinen, daß die Landwirtschaft selbst sich nur aus solchem Vorurteil gegen diese Bewertungsart wehrt.

Richtig ist, daß kein Bewertungsverfahren ohne Mängel ist, aber die Bewertung nach dem gemeinen Wert ist verhältnismäßig die einfachste, die billigste, die einheitlichste und die gerechteste. Der Bewertung nach dem Ertrag hofiert der schwere Fehler der Schematisierung an und in den Fällen, in denen vom Schema abgewichen wird, führt sie zu folgenschweren Irrtümern oder gar zur Willkür. Der gemeine Wert ist leichter und sicherer zu ermitteln, als der Ertragswert. Geht man, wie das eine geordnete Steuerpolitik tun soll, davon aus, daß ein bestimmtes Steuerobjekt, hier das landwirtschaftliche, das Betriebs- und das Grundvermögen, eine bestimmte Summe an Steuereinnahmen erbringen soll, so ist die gerechte Verteilung dieser Summe auf alle Pflichtigen bei Zugrundelegung des gemeinen Werts viel leichter möglich, als bei Zugrundelegung des Ertragswerts. Der Vorteil, den der eine Steuerpflichtige von der Anwendung des Ertragswerts haben mag, ist der Nachteil des anderen. Wie ja immer für den begünstigten oder den benachteiligten Steuerpflichtigen der benachteiligte oder der ehrliche Steuerzahler einstecken muß.

Im Ausschuss ist gegen den gemeinen Wert eingewendet worden, daß er den Kleinbesitz zugunsten des Großbesitzes überbelaft. Ich will das nicht grundsätzlich bestritten, obgleich sich auch Tatsachen dafür anführen lassen, daß der Großbesitz bei Zugrundelegung des Ertragswertes gewisse Vorteile vor dem Kleinbesitz voraus hat. Nehmen Sie beispielsweise ein großes landwirtschaftliches Gut mit einem Schloß als Wohnsitz der Herrschaft. Das Schloß gilt als Bestandteil des landwirtschaftlichen Vermögens und wird nach dem Ertragswert bewertet. Der sächterlich gering angenommene Ertragswert des Schlosses steht stets im trübseligen Mißverhältnis zu dem Ertragswert, nach dem der Vermögenswert des kleindauerlichen Wohnhauses ermittelt wird. Soweit es richtig ist, daß landwirtschaftlicher Kleinbesitz infolge seiner leichteren Veräußerlichkeit einen höheren gemeinen Wert aufweist als der Großbesitz, läßt sich die innere Gleichwertigkeit mühelos herstellen durch prozentuale Abzüge, festgestellt nach der Größe des Wertes.

Der wirkliche Grund, aus dem der gemeine Wert abgelehnt wird, ist nicht ein sachlicher, sondern ein politischer.

Darüber haben auch die Ausschussverhandlungen keinen Zweifel gelassen. Es sind die Vertreter der großen Landwirtschaft, die von jeder dieser gerechten Besteuerungsmethoden abgelehnt haben, und sowohl die Regierung als auch solche Parteien, in denen nicht, wie bei den Deutschnationalen, der Einfluß des Großgrundbesitzes überwiegt, wagen es nicht, den Kampf mit dieser mächtigen Interessengruppe aufzunehmen. Aus diesen Gründen wird am Ertragswert trotz seiner Unzuverlässigkeit festgehalten.

Von den weiteren Mängeln des Gesetzes hebe ich hervor, daß den Ländern weitgehende Abweichungen von den Bewertungsgrundsätzen gestattet und auch sonst Rechte eingeräumt werden, die nicht sachlichen, sondern lediglich politischen Ursprungs sind. Die im Gesetz vorgesehene Organisation der Bewertungsbehörden läßt auch Reibungen zwischen dem Reich und den Ländern befürchten. Zwar sagt das Gesetz, daß die Behörden, damit möglichst Gleichmäßigkeit der Bewertung innerhalb des Reichsgebietes erreicht werde, unter Leitung des Reichs stehen müssen. Dieser Gedanke ist jedoch nicht unerläßt durchgeführt worden. Notwendig erscheint uns ein gesetzlich gesicherter Anspruch der Arbeitnehmer und der landwirtschaftlichen Kleinbesitzer auf eine Vertretung in den Bewertungsbehörden. Der Ausschuss hat einen Antrag dieses Inhalts bewußt abgelehnt. (Hört, hört!) Wir haben ihn auf neue eingebracht, und einer meiner Fraktionskollegen wird ihn besonders begründen. Bedenklich erscheinen uns auch die weitgehenden Vollmachten, die dem Reichsfinanzminister durch das Gesetz eingeräumt werden, und denen in wichtigen Fällen nur ein Mitwirkungsrecht des Reichsrats gegenübergestellt ist.

Wir halten es für notwendig, auch die Mitwirkung des Reichstags durch einen Ausschuss einzuschalten. (Sehr richtig!)

Trotz dieser und anderer Rängel schätzen wir aber den Wert des Gesetzes seines Prinzips wegen hoch ein. Es dient zur Vermeidung unnötiger Doppelarbeit in den Ländern und im Reich. Es stärkt den Gedanken der Reichseinheit, und es bezweckt eine einheitliche Behandlung der Steuerpflichtigen in allen Teilen des eine Wirtschaftseinheit bildenden Deutschen Reiches. Wohin die Bewertung der Vermögensobjekte durch die Behörden der Länder nach den verschiedenartigen Reichtümern der einzelnen Länder führt, das hat uns drastisch das Ergebnis der Beitragsveranlagung von 1913 gezeigt. Württemberg z. B. mit seiner alten, gut organisierten Kameralverwaltung kam zu einer ungleich höheren Bewertung des Grundbesitzes, als andere Teile des Reiches, in denen es bis dahin an einer systematischen sachmännischen Steuerverwaltung fehlte. Genossie Keil ging an dieser Stelle auf landwirtsch. Vorgänge bei der Firma Giesches Erben Breslau in Sachen der Vermögenssteueranlagung ein, die wir an anderer Stelle des Blattes wiedergeben.

Staatssekretär Pophy erklärt, die Finanzverwaltung werde die von dem Vorredner angeführten Fälle nachprüfen. Abg. Hörsel (Komm.) stimmt dem Grundprinzip des Gesetzes zu, hat aber an den Einzelbestimmungen viele Ausstellungen zu machen. Abg. Koenen (Komm.) beantragt die Bewertung nach dem gemeinen Wert.

Abg. Bülow (Soz.) begründet sozialdemokratische Anträge in gleicher Richtung. Abg. Rönneburg (Dem.) hält den Zeitpunkt für die Besteuerung nach dem gemeinen Wert noch nicht für gekommen. Damit schließt die Aussprache.

Präsident Löbe teilt dem Hause mit, daß in der Presse Mitteilungen erschienen seien, die die Mehrheit bestimmter Parteien des übertriebenen Alkoholgenusses bezichtigt hätten. Die namhaft gemachten Abgeordneten würden Strafantrag stellen. (Beifall rechts.) Er, der Präsident, hätte die Pflicht, im Interesse des Hauses gegen die ungläublichen Uebertreibungen in der Presse Protest einzulegen. (Beifall rechts und Zurufe: Lügen!)

In der dann vorgenommenen jurisdiktionalen Abstimmung über den zum Erbschaftsteuergesetz von den Sozialdemokraten gestellten Antrag, der gewisse Erleichterungen für Hinterbliebene von Kriegsoffizieren vorsieht, teilt Präsident Löbe dem Hause mit, daß er die Verkündung des Abstimmungsresultates aussetzen werde, weil 20 kommunistische Abgeordnete, die sich an Beiführungsberechtigten des verstorbenen Abg. Eldhorn beteiligten, wegen Abperrungen verhindert seien, jetzt das Reichstagsgebäude zu erreichen, um sich an der Abstimmung zu beteiligen.

Nach 9 1/2 Uhr sind die Kommunisten zur namentlichen Abstimmung in Saale erschienen. Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages mit 261 gegen 137 Stimmen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung des Bewertungs- und die Beratung der anderen Steuer Gesetze auf Sonnabend 10 Uhr.

Schluß 10 1/2 Uhr.

Wirtschaft

Der Wahnsinn der Textilzölle.

Die Textilindustrie möchte mehr produzieren und die ausländische Garn- und Gewebeindustrie vom Inland fernhalten. Dafür verlangt sie höhere Zölle: die höheren Inlandpreise sollen höheren Gewinn bringen, die Zölle dem Ausland das Eindringen ins Inland erschweren. Nun ist die übermäßig große Einfuhr von Textilwaren ausschließlich durch die hohen Inlandpreise der deutschen Textilindustrie hervorgerufen; dergleichen die absolute Konkurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt. Zu den hohen Preisen ist die Textilindustrie gekommen, weil ihre Erzeugung von Geweben bei größeren Betrieben geringer ist als vor dem Krieg. So hat Deutschland an Rohstoffen für Baumwollgewebe nach „The Economist“ 1913 eingeführt fast 500 000 Ballen, 1924 aber nur 276 000 Ballen. Für 1925 wird die Baumwolleneinfuhr noch beträchtlich geringer sein. Die bisherigen hohen Preise der Textilindustrie sind also die direkte Ursache der ungenügenden Beschäftigung für das Inland und haben für das Ausland geradezu als Prämie zur immer schärferen Befreiung des Inlandmarktes gewirkt. Es ist also gar kein Zweifel, daß die geringere Konkurrenzfähigkeit der deutschen Textilindustrie (trotz längerer Arbeitszeit und niedriger Löhne) nicht im mindesten ein Preisproblem, sondern das typische Produktionskostenproblem einer durch Ueberorganisation konkurrenzunfähig gewordenen Industrie ist. Daß eine Industrie, die die Hälfte der früheren Rohprodukte verbraucht und nur durch Kartellkartelle sich hohe Preise und Dividenden erzwingt, durch Zölle ihre Produktion erhöhen und ihre Konkurrenzunfähigkeit kompensieren kann, ist einfach ausgeschlossen. Die Zölle müßten als Schraube ohne Ende gehandhabt werden, an die Stelle der geltenden müßten immer höhere Zölle treten; es müßte, weil die höheren Preise den Absatz drücken, ein Wettlauf einsetzen zwischen den toten Kosten der Ueberorganisation und den durch den Zoll verteuerten Preisen, bei dem die toten Kosten den Sieg davontrügen. Die Ueberorganisationskosten müßten mehr und mehr den Gewinn auffressen, und niemals bestünde die Aussicht, weil zur inneren Produktionskostensenkung nichts übrig bleibt, der Auslandskonkurrenz im Inland Herr zu werden oder gar die eigenen Waren auf den Weltmarkt zu tragen. Die Zölle, von denen Wunder erhofft werden, könnten das Hebel, das sie heilen sollen, nur vervielfachen.

Die Textil-Großhandelskommission beim Zentralverband des Deutschen Großhandels hat sich jüngst in eingehender Beratung mit der durch die neue Zollvorlage für den Textilhandel geschaffenen Lage beschäftigt.

Die einstimmige Willensmeinung aller am Großhandel in Webstoffserzeugnissen beteiligten Verbände geht in Uebereinstimmung mit den von den Sachverständigen des Textilgroßhandels im Herbst v. J. vor dem Reichswirtschaftsrat geäußerten Ansichten dahin, daß zwar der deutschen Erzeugung ausreichender Schutz gegenüber den unter günstigeren Bedingungen arbeitenden Wettbewerbern des Auslandes keineswegs zu verfehlen ist, daß aber im allgemeinen die Vertragslage der Vorkriegszeit unter billiger Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen Wertveränderung als dauernd gültige Zölle vollständig hierzu ausreichen. Die in der sogenannten kleinen Zollvorlage enthaltenen Zollsätze für Rohstoff-, Halb- und Fertigfabrikate des Webstoffgewerbes haben zum Teil völlig prohibitive Charakter. Wenigstens sie zunächst von ihren Befürwortern nur als Verhandlungsmittel zur Neberrückführung der vielfach gleichfalls unangemessen hohen vorläufigen Zölle des Auslandes aufgestellt und durchgeführt sind, so muß doch auf Grund der Kenntnis des Einflusses einseitig hochschützender eingestellter Zölle und auf Grund der Erfahrungen früherer Entwicklungen mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß von entscheidender Seite versucht werden wird, einen erheblichen Teil der gegenwärtigen vorläufigen Zollsätze zu stabilisieren. Im Gegensatz zu manchen auch von maßgeblicher amtlicher Stelle vertretenen Auffassung sind die Großhandelsverbände des Textilgewerbes der Ueberzeugung, daß die Zukunft der deutschen Wirtschaft untrennbar mit der Ausgestaltung der deutschen Ausfuhr gerade hochwertiger und durch Bearbeitung im Werte gesteigerter Erzeugnisse verbunden ist, und daß für diese Ausfuhr stärkste Möglichkeiten in um so höherem Maße vorhanden sind, je weniger Rohstoff- und Halbfabrikate der fertig- und der verarbeitenden Industrie sowie dem Großhandel durch Prohibitionszölle verteuert werden und je weniger es unter dem Schutze von abschließenden Zollmauern den deutschen Erzeugern möglich sein wird, in vollschädlicher, wirtschaftlicher Monopolstellung die Preise für Gewebe und demnach für die Bekleidung aufs neue über den Weltmarktpreis hinaus zu steigern. Die Großhandelsverbände des Textilgewerbes sind sich deshalb bewußt, mit einem Eintreten gegen jede die ohnehin geschwächte Kaufkraft des Volkes weiter vermindernde künstliche Erhöhung der Gewebepreise nicht nur das eigene legitime und auf einer ausreichenden Versorgungsmöglichkeit des deutschen Volkes beruhende Interesse zu verletzen, sondern mit der Hinwegräumung jedes Hindernisses, das unserem Wiedereintritt in die Weltwirtschaft entgegensteht, zugleich im — wohlverstandenen — allgemeinen Interesse der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes zu wirken. Dies um so mehr, als jede vermeintbare Verteuerung der zur Bekleidung notwendigen Bedarfsartikel neue Lohnerbhöhungen und neue Lohnkämpfe nach sich ziehen und auch so die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Volkes auf dem Weltmarkt schwächen muß.

Die Großhandelsverbände des Textilgewerbes richten daher — namens ihrer Mitglieder — an die Öffentlichkeit und an das Parlament das dringende Ersuchen, den ungewissen Vorherrschenden hochschützenden Tendenzen erste Aufmerksamkeit zu schenken und im Verein mit den von gleicher Gefahr bedrohten Wirtschaftskreisen in besonderer Berücksichtigung der drohenden Verteuerung wichtiger Konsumgüter auf der Wacht zu stehen, um die ungewissen Vorhandenen, oder geschichtlichen Vorbestrebungen derer zu vereiteln, welche rücksichtslos bestrebt sind, die augenblicklichen — noch als „verhandlungstechnische Notwendigkeit“ bezeichneten — autonomen Zollsätze zu endgültigen, prohibitiv wirkenden Zollsätzen umzugestalten.

Steuern und Geschäftsschulden.

Eine vielbeliebte Redensart der Unternehmer ist es, daß die Steuern die Wirtschaft erdrücken. Nun ist es seit Krieg und Inflation überhaupt ein beliebtes Mittel, die Unfähigkeit weiter Unternehmerkreise dadurch zu verbergen, daß man eben den Staat zum Prügelnaben für alle Mißstände macht, die in der kapitalistischen Wirtschaft auftreten. Es ist z. B. noch nicht bekannt geworden, daß irgendein Unternehmen an seiner Steuerlast zusammengebrochen sei — dagegen haben die private Ueber-schuldung und das Finanzmonopol der Banken schon manchen Betrieb zugrunde gerichtet, ohne daß man davon viel Aufhebens gemacht hätte. Es wäre z. B. sehr interessant zu erfahren, welchen Anteil an den großen Schulden, die den Privatkonzernen des Hauses Stinnes zur Strecke gebracht haben, die Forderungen des Staates an Steuern ausmachen.

Nun liegt positives Material darüber vor, daß die Steuer-schuldigen im Verhältnis zu den sonstigen Forderungen der Unternehmer so gut wie gar keine Rolle spielen. Die Berliner Handelskammer hat auf Grund ihrer begutachtenden Tätigkeit statistisches Material über die Verhängung von Geschäfts-aussichten zusammengestellt. 215 Anträge auf Geschäftsaussichten wurden geprüft, die sich auf die verschiedensten Gewerbezweige verteilten, unter denen aber die Konfektion mit 54 und die Textilindustrie mit 41 Anträgen eine besonders große Rolle spielen. Daneben sind

auch 16 Anträge aus der Gruppe Maschinen, Diebstahl und Eisenkonstruktionen, 11 Anträge aus der elektrotechnischen Branche, 10 aus dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe und die übrigen aus anderen Unternehmungskategorien gestellt worden.

Die Handelskammer hat nun 55 der dem Antrag beiliegenden Aufstellungen der Geschäftslage mißfällig herausgegriffen, um sie auf die Frage der Steuer rückstände hin zu prüfen. Von diesen 55 insolventen Firmen hatten 25 überhaupt keine Steuer-schulden; bei den übrigen 30 zusammen betragen die rückständigen Steuern ganze 2,1 Proz. der gesamten Passiven. Daraus geht doch eindeutig hervor, daß die Steuer-schulden keinesfalls die Erdrückung der Betriebe herbeigeführt haben, daß vielmehr zum weitaus größten Teile die Zahlungs-unfähigkeit der fraglichen Unternehmungen durch geschäftliche Fehldispositionen herbeigeführt ist. Wir glauben nicht, daß die Unternehmer angesichts dieser erdrückenden Feststellung ihr Geschrei über die „wirtschaftstötenden Steuern“ einstellen werden. Immerhin muß man der Berliner Handelskammer dankbar sein, daß sie diese Erhebung vorgenommen hat, die die Unternehmer-treue an der Steuerpolitik von Anfang bis zu Ende Lügen straft.

Gründung eines Stabeisenverbandes. In der Sitzung der Stabeisenwalzwerke am Donnerstag, in welcher alle zum A-Produktverband gehörenden Werke vertreten waren, wurde die Bildung eines Stabeisenverbandes beschlossen. Der Verband tritt am 1. August für die Dauer von fünf Jahren für das In- und Auslandgeschäft in Kraft. Mit einer Gruppe von Werken, welche 75 Proz. der gesamten Stabeisenherzeugung vertreten, wurde in der Verteilungs- und Berechnungsfrage Uebereinstimmung erzielt. Mit den übrigen Werken soll in einer auf Freitag, den 7. August einzuberufenden Hauptversammlung verhandelt werden.

Die Gründung des Walzdrahtverbandes — sofort Preis-erhöhung! In der Mitgliederversammlung des Verbandes deutscher Walzdrahtwerke wurde eine vollständige Uebereinstimmung erzielt. Der deutsche Walzdrahtverband ist nunmehr auf fünf Jahre endgültig abgeschlossen worden und nimmt sofort seine Tätigkeit auf. Zum Vorsitzenden wurde Direktor Hübner vom Krupp-Ronzern gewählt. Die Preise werden wahrscheinlich eine mäßige Erhöhung erfahren. Mit der Alsdorfer-Gesellschaft soll eine Einigung wegen der Beteiligung zustande gekommen sein, während mit der Guffnhart-Witten-A.-G. noch verhandelt wird.

Reichsreditgesellschaft, A.-G. — Kasse Privatfinanzierung? Nach einer Mitteilung der Verwaltung sind die Herren Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Konrad von Borjig von der Borjig A.-G. in Tegel, Vorstandmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Deutschen Arbeitgeber-Verbände, Direktor Hans Kraemer von der Rotaphot-A.-G., ebenfalls Vorstandmitglied der genannten Verbände, und Kommerzienrat Dr. Hermann Schmitz von der Badischen Anilin- und Sodafabrik, dem führenden Werk des Stabstoffs Konzerns, in den Aufsichtsrat eingetreten. So sehr diese Erweiterung des Aufsichtsrats an sich zu begrüßen sein mag, nachdem sich die Geschäftslage der Bank nach der privatwirtschaftlichen Seite stark orientiert hat, so darf in der Verwaltung der Einfluß des Reiches nicht zurückgedrängt werden, da bisher durch die Delegation mehrerer höherer Beamter aus verschiedenen an den wirtschaftlichen Reichsunternehmungen interessierten Ministerien gewahrt wurde. Wenn die Verwaltung es für nötig hält, prominente, rein privatwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsführer in den Aufsichtsrat zu wählen, so muß der Einfluß der öffentlichen Hand durch entsprechende Ergänzung des Aufsichtsrats nach dieser Richtung hin ins Gleichgewicht gebracht werden. Andernfalls drängt sich jedem unbefangenen Beobachter der Dinge die Empfindung auf, daß hier eine Privatfinanzierung der mit Reichsgeld gespeisten Betriebe auf taktischem Wege erfolgen soll. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Fäden der politischen Rechtsentwicklung, die das Deutsche Reich beherrschen, jetzt auch in die wirtschaftlichen Unternehmungen des Reiches hineingezogen werden. Das ist umso interessanter, als es gerade die Deutschnationalen gewesen sind, die niemals laut genug eine Trennung von Politik und Geschäft verlangen konnten, tatsächlich aber die Verquickung überall dulden oder direkt fördern. Nach den Mitteilungen der Verwaltung wird der Geschäftsgang des Unternehmens gleich dem der anderen Bankunternehmungen durch die wirtschaftliche Krise sehr stark beeinflusst. Die Verwaltung erwartet allerdings, daß durch die Rationalisierung der Arbeit bald wieder eine Aufwärtsbewegung in der Wirtschaft und damit auch im Bankwesen eintreten wird.

Konzernschwermere. Der Abbau der Großkonzerne zieht immer weitere Kreise. Der Julius-Schäfer-Konzern ist seine schweizerische Spitzengesellschaft, die Aktiengesellschaft für Industrie-werke in Luzern (Agf) auf.

Die Frau als Zauberin, ein neuer Frauenberuf.

Als Zauberer treten meistens Männer auf. Deshalb soll die Frau nicht auch einmal zaubern, begabern tut sie doch oft schon. Also hören Sie ein Zauberankündigen, das noch das Gute hat, daß die Frau, die es annimmt, auch nicht bezaubert: Erlernen Sie in einem einschlägigen Geschäft 10 Gramm Zauber-Salz, lösen dies in etwa einem halben Liter Wasser und waschen Sie sich hiermit die Haare. Der Erfolg ist zauberhaft: Das Haar sieht nach dem Trocknen mindestens doppelt so stark wie vorher aus, ist weich und wundervoll glänzend, also nicht spröde und stumpf.

Reeder Eckner
Tel. Grünau 260
Sonntag, den 2. August, vorm. 8 1/2, Uhr
u. nachm. 2 Uhr von Brandenburger
Ufer (Jannowitzbrücke) nach [154/12]
Krampeburg - Schmiedwitz
mit Salonschiff „Dora“
Einfache Fahrt 1.50 M., Kinder 50 Pf.

Bauschule Glauchau i. Sa.
Baubau, Tiefbau, Eisenbetonbau.
Deutsche
Dachdeckerschule Glauchau i. Sa.
Bestimmungen für den Winter-
unterricht kostenlos durch die
Direktion.

Saison-Ausverkauf
Bekleidungsvertrieb d. Westens
Inh. Max Pitzela.
In den neuen bedeutend erweiterten Räumen
Jetzt Potsdamer Str. 132 (alte
Trapp.)
zwischen Potsdamer Platz und Nickerstrasse.
Damen- Kleider, Herren- Paletots
Gesellschaftskleider, Ulster, Anzüge
Kostüme, Smoking- und
Mäntel, Gesellschafts- Anzüge
Gummimäntel, Gummimäntel
vom Einfachsten bis zum Elegantesten.
Teilzahlung ohne Preisanschlag gestattet!
Ware kann gegen Anweisung sofort angenommen werden.
Fertig und nach Maß!

6x1=7
So rechnet die kluge Waschfrau denn auf 6 Gutscheine erhält sie
1 Paket:
Schleich's Schaumfee-Seifenpulver gratis!
Jedes Paket „Schaumfee“ enthält 1 Gutschein
CHEMISCHE FABRIK SCHLEICH G.M.B.H. BERLIN NW6

Insereate
im Vorwärts
verbürgen Erfolg!

Gegen Schwaben
gibt es ein tödlicheres Mittel, das nicht eine mehr übrig läßt. „Reichel's Poudre Martia“, das höchste Bademittel von vornehmer Kraft, vertreibt die Unreinheiten des Körpers. Man nehme nur Originalpackungen und vermeide nachahmende. Größe 11 1/2 1.40, 11 1/2 2.00, 11 1/2 3.00. Weinberg-Verlag Otto Reichel, Berlin S.O. 41, Eichenbühlstr. 4. In Prolegieren erhältlich, aber nicht nur mit der berühmten Marke.
Tod und Teufel

Massenmord
mit Linsol-Gas
ermöglicht jedem Mann, Wasser, Kaffee, Linsen, Fische usw. kühlt ohne Apparat, ohne Vorrichtung, ohne Rührer, ohne Beschützer, ohne Schutzkleidung, in 5 Minuten radikal zu reinigen. Woraus resultiert ein milderes Badewasser, und 11 Ränge. Preis 1.00 u. Ref. In Prop. erhältlich.

Wer Weise wählt, wählt Weiser!
Mäntel, Kostüme, Kleider, Anzüge, Paletots, Regenmäntel,
in der feinsten Maßarbeit ebenbürtig.
Solide Preise. Besondere Zahlungsvereinfachung. Kleine Anzahlung
ohne jeglichen Aufschlag.
Weiser, nur Leipziger Str. 82. Laden Hof links am Dom,
hoffplatz, vis-à-vis Platz